

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von U. Brey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

### Ursachen der Weltwirtschaftskrise.

In der langen Reihe der Veröffentlichungen, die die Aufdeckung der Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise zum Gegenstand haben, verdient eine von Prof. Adolf Löwe in den „Neuen Blättern für den Sozialismus“ (2. Heft 1931) veröffentlichte Untersuchung besondere Beachtung. Löwe vergleicht die gegenwärtige wirtschaftliche Depression mit der im Zeitraum zwischen 1873—1895, um eine erstaunliche Übereinstimmung des jüngsten europäischen Konjunkturverlaufs mit jenem depressiven Konjunkturtypus, der vor einem halben Jahrhundert Europa beherrscht hat, festzustellen.

„Den eigentlichen Grund für jene langfristige Depression vor 50 Jahren — führt Löwe aus — kann man auf die Formel bringen: radikale Umgestaltung der internationalen Arbeitsteilung. Mit den siebziger Jahren setzt ein mächtiger Ausbau der europäischen Industriewirtschaft ein, vor allem auf dem Gebiet der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung. Umwälzende technische Erfindungen (Thomas-Verfahren) wirken zusammen mit der örtlichen Ausbreitung der Schwerindustrie, insbesondere durch den Eintritt Deutschlands in die Reihe der industriellen Großmächte. Seit den achtziger Jahren erscheint auch die nordamerikanische Industrie mit steigenden Fabrikatmengen auf dem Weltmarkt und leitet eine neue Phase des Industrialisierungsprozesses ein: ein überseeisches Kolonialland tritt zum erstenmal als Konkurrent seiner Mutterländer und Gläubiger auf. Allem voran aber ist es die agrarische Konkurrenz der Vereinigten Staaten, die auf der Grundlage des neuen Eisenbahnsystems den Getreidebau in kürzester Frist gewaltig ausdehnt und durch ihre plötzliche Marktnähe große Teile der europäischen Landwirtschaft in eine Absatzkrise stürzt, von der sich wenigstens die deutsche nie mehr wirklich erholen konnte.“

Die gegenwärtige Krise ist die Folge einer ähnlichen Umwälzung. „Heute ist es“ — schreibt Prof. Löwe — „ja wieder das Zusammenfallen einer industriellen mit einer agrarischen Krise, was die wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen dieser Monate so katastrophal gestaltet. Wieder ist es im landwirtschaftlichen Bereich ein riesenhafter technischer Fortschritt in Übersee, gekennzeichnet durch die Zauberwörter Mähdreher, Traktor, Kunstdünger, der durch eine gewaltige Überproduktion die Preise der wichtigsten Erzeugnisse tief unter die Kosten, allgemein der europäischen Produzenten, größtenteils sogar der überseeischen Konkurrenten selbst, drückt. Wieder ist es der Eintritt neuer industrieller Mächte in den Konkurrenzkampf des Weltmarkts, der den Absatzraum der alleingelassenen europäischen Industrien, vor allem der Bekleidungsindustrien, einengt und den Anschein erweckt, als hebe das industrielle System der Welt sich in einem grotesken Widerspruch zwischen Erzeugungsfähigkeit und Konsumkraft auf. Zu der wachsenden Industrialisierung Osteuropas und der asiatischen und südamerikanischen Länder tritt die als Kriegsfolge künstlich gezüchtete Überkapazität der Schwerindustrie in Europa selbst, die in der Krise zur Liquidation drängt.“

Am entscheidendsten für die Gegenwart sei der gewaltige Rationalisierungsprozess der Jahre 1926—1928, der die typische Gefahr der Fehlanlagen herausbeschworen und zugleich eine Freisetzung von Arbeitern in solchem Maße verursacht hat, daß der Absatzraum der Konsumgüterindustrien immer mehr verengt und von hier aus der Anstoß zum krisenhaften Zusammenbruch der gesamten innerdeutschen Konjunktur gegeben wurde.

Während aber die mächtigen Wirtschaftskräfte der Vereinigten Staaten die Überwindung der Wirtschaftskrise in absehbarer Zeit ermöglichen dürften, sind Deutschland und das ihm wirtschaftlich nahe verwandte England, wo die Depression noch durch eine akute Krise verschärft wurde, und auch viele andere Länder Europas vor die schwersten Aufgaben gestellt, wenn sie die Depression überwinden sollen. Vor einem halben Jahrhundert konnten noch diese Länder durch die Ausdehnung ihrer Ausfuhr in wirtschaftlich unerschlossene Gebiete durch die Mittel des wirtschaftlichen Imperialismus ihre Rettung finden, während sie ihre eigenen notleidenden Agrargebiete durch hohe Schutzzölle unterstützten. Diese Wege stehen heute nicht mehr offen. Für den wirtschaftlichen Imperialismus ist kein Spielraum mehr da, die Kanäle der Auswanderung sind verstopft und die dauernde Subventionierung der Landwirtschaft können sich die verarmten Länder auf die Dauer nicht leisten. Somit kann die Wiederherstellung des Gleichgewichtes allein vom Umbau der Produktionsorganisation gemäß der veränderten internationalen Arbeitsteilung erwartet werden. Dieser Umbau wird mächtige Industrien, vor allem die Schwer- und die Bekleidungsindustrien, noch härter aber die getreidebauende Landwirtschaft treffen. Es ist kaum noch Hoffnung vorhanden, daß der mittlereuropäische Großgrundbesitz der überseeischen Getreidefabrik auf die Dauer noch Widerstand leisten kann. In dieser Umstellung der Produktion ist aber ein Höchstmaß von Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit erforderlich, der nach Prof. Löwe allein durch scharfe Bekämpfung der Monopolwirtschaft und der Politik der Höchstzölle hergestellt werden kann.

### Reichskanzler a. D. Hermann Müller 4.

Der frühere Reichskanzler, Genosse Hermann Müller, ist am 20. März gestorben.

Hermann Müller ist nur 54 Jahre alt geworden. Seit seinem 17. Lebensjahre gehörte er der Sozialdemokratischen Partei an, in der er bald an führender Stelle stand. Schon als Dreißigjähriger wurde er Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1916 wurde er in den Reichstag gewählt. Im Juni 1919 war er Minister des Auswärtigen im Kabinett Bauer und nahm eine der schwersten, verantwortungsvollsten Aufgaben auf sich, die je einem Minister übertragen wurden. Er unterzeichnete den Versailler Friedensvertrag. Daß es ein Sozialist war, der das Diktat der ehemaligen Feinde annehmen und unterzeichnen mußte, wurde von den radikalen Rechtsparteien mit Vorliebe als Agitationsmittel für ihre nationalistischen Ziele benutzt. Aber nie erinnerten sich diese politischen Blinden daran, daß sie es waren, die diesen Krieg gewollt und verloren haben, daß im Grunde genommen ihrem Weggen Hermann Müller den schwersten Gang ging, den je ein deutscher Minister getan hat. Und nie erinnerten sich die die Geschichte umfälschenden deutschen Chauvinisten daran, daß die deutsche Sozialdemokratie Deutschland vor dem völligen Zusammenbruch und vor dem Chaos bewahrt hatte.

Von März bis Juni 1920 war Genosse Müller Reichskanzler und zum zweitenmal von Ende Juni 1928 bis Ende März 1930.

Seit 1919 war er Vorsitzender des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion. Seit 1920 vertrat er im Reichstag den Wahlkreis Franken.

Der Tod Hermann Müllers bedeutet für die Sozialdemokratische Partei und für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung einen schweren Verlust. Seine heiße Begeisterung für die Ziele der Sozialdemokratie, seine Vaterlandsliebe, die stärker, glühender und aufrichtiger war, als die seiner politischen Gegner im rechtsradikalen Lager, sein Wissen und seinen Arbeitseifer stellte er ganz in den Dienst der Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes. Die deutsche Arbeiterchaft, die deutsche Sozialdemokratie wird ihren Führer nie vergessen!

### Kein Zollfrieden.

Vier Jahre lang haben mit kurzen Unterbrechungen die Zollkonferenzen des Völkerbundes getagt, um einen allgemeinen Zollfrieden herbeizuführen. Und nach vierjähriger Arbeit mußten die Diplomaten und Wirtschaftler erkennen, daß es nicht möglich ist, die Zollkonvention zustande zu bringen, nach der in zollpolitischer Hinsicht ein gewisser Waffenstillstand oder gar ein Frieden eintreten sollte. Noch viel weniger wäre es aber möglich gewesen, einen internationalen Abbau der unsinnig hohen Zollschranken zwischen den einzelnen Staaten durchzusetzen, so sehr soziale und rein menschlich-wirtschaftliche Momente diesen Abbau auch fördern.

Hauptgegner der Zollkonvention waren außer einigen kleineren Staaten wohl Frankreich und noch mehr England. Besonders England erklärte, daß es sich im Hinblick auf seine Wirtschaftslage nicht zollpolitisch binden könne und seine Freiheit behalten müsse. So wird also das vorläufige Zollabkommen zwischen den beteiligten Staaten (13 Staaten hatten die Konvention ratifiziert) am 31. März ablaufen. Nach diesem Zeitpunkt haben dann alle Staaten in der Zollpolitik wieder freie Hand, die die allermeisten wohl in Zollerböhrungen betätigen werden. Leidtragende bei dieser mißglücklichen internationalen Verständigung werden in allen Ländern wieder die minderbemittelten Bevölkerungsschichten sein, deren ohnehin schon karge Lebenshaltung durch neue und erhöhte Zölle auf die lebensnotwendigsten Bedarfsartikel noch mehr herabgedrückt wird. Verminderter Bedarf bedeutet aber sinkende Produktion, sinkende Produktion zieht wieder erhöhte Arbeitslosigkeit nach sich, und damit ist der Kreislauf des Elends wieder geschlossen, in dem das unsinnige kapitalistische Wirtschaftssystem die Arbeiterklasse heranzwingt.

Man kann allerdings die Hoffnung hegen, daß die europäischen Wirtschaftsverhältnisse schließlich doch noch eine Annäherung der einzelnen Staaten aneinander und damit gewisse Wirtschaftserleichterungen zur Folge haben werden. Aber, wie gesagt, das ist nur ein schlechter Trost. Es ist möglich, daß sich diese Hoffnung verwirklicht. Die Wurzel des Übels aber wird man nicht beseitigen können, solange diese Wirtschaftsordnung besteht, solange selbst die Beziehungen der Völker zueinander vom Interessenstandpunkt einzelner Kapitalisten aus diktiert werden, ohne die geringste Rücksicht auf soziale und rein menschliche Fragen und Erfordernisse zu nehmen. Die Arbeiterschaft kann aus der vierjährigen erfolglosen Arbeit der Wirtschaftler und Diplomaten in Genf nur wieder die alte Mahnung zur Selbsthilfe ziehen: Selbsthilfe durch politische und gewerkschaftliche Organisation. Je stärker und einflussreicher diese Organisationen sind, desto eher kann die gegenwärtige Wirtschaftsordnung voll Widerstand und Ungerechtigkeit von der von uns erstrebten sozialistischen Ordnung der Dinge abgelöst werden.

### Die Arbeitslosigkeit in den Ländern der Sieger.

Es ist eine beliebte, aber darum nicht weniger demagogische Agitationsphrase der radikalen Rechtsparteien, daß die furchtbare Wirtschaftskrise, unter der das deutsche Volk leidet, ausschließlich eine Folge des verlorenen Krieges und der drückenden Reparationsverpflichtungen sei. Und dann folgt meist noch die verbrecherische Lüge, daß die Sozialdemokratie, also ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft, schuld daran sei, daß Deutschland den Krieg verlor. Jeder denkende Mensch, der nur einige Beobachtungsgabe und Urteilsfähigkeit besitzt, weiß allerdings ebenso gut wie die Verbreiter dieser Lüge, daß die Schuldigen am Kriege und an der Niederlage ganz woanders zu suchen sind als in den Reihen der deutschen Arbeiterschaft, daß die Dolchstoßlinge nur das eigene schlechte Gewissen beruhigen soll.

Die Gewerkschaften haben nie bestritten, daß die Reparationsverpflichtungen der deutschen Wirtschaft schwer drückende Lasten auferlegen, daß sie unser Wirtschaftsleben an vielen Stellen und in vielen Beziehungen hemmen, aber die Reparationsverpflichtungen sind durchaus nicht allein schuld an unserem wirtschaftlichen Elend. Es ist unbedingt notwendig, die Reparationsabkommen zu revidieren, schon im eigenen wirtschaftlichen Interesse der Siegerstaaten. Aber sie sind es nicht allein, die die ungeheure Arbeitslosigkeit in Deutschland hervorgeufen haben. Wäre das so, dann dürfte ja in den Ländern der ehemaligen Feinde Deutschlands keine Arbeitslosigkeit vorhanden sein, in die sich ja doch jahraus, jahrein ein Goldstrom aus Deutschland ergießt. Und die Arbeitslosigkeit in den Ländern der Sieger ist viel größer, als der Deutsche im allgemeinen annimmt.

Da ist zuerst Frankreich, das nächst den USA den größten Goldvorrat der Erde hat. Noch in der Mitte des vorigen Jahres sprach man davon, daß Frankreich das einzige Land in Europa sei, in dem es keine Arbeitslosen gäbe, in dem alle Einwanderer als Arbeitskräfte freudig willkommen geheißen würden. Heute steht es im glücklichen Frankreich auch schon wesentlich anders aus. Heute ist Frankreich auch schon in den Bannkreis der allgemeinen Weltwirtschaftskrise gezogen und sieht sich heute auch schon ernsthaften Schwierigkeiten gegenüber, seine Arbeitslosen mit dem zu versorgen, was ihnen am notwendigsten wäre, mit Arbeit. Es ist außerordentlich schwer, genaue Zahlen über die Arbeitslosigkeit in Frankreich zu bringen, weil es in Frankreich sehr viel unangemeldete Arbeitslose gibt, nicht zum wenigsten auch Ausländer, die sich jeder Kontrolle entziehen. Eine kürzlich bekanntgegebene Statistik über die Arbeitslosigkeit gibt die Zahl der Vollerwerbslosen in Frankreich mit 350 000 an, dazu noch etwa eine Million Kurzarbeiter. Man kann aber, wie gesagt, diese Zahlen, die mit Hilfe der Gewerbeinspektionen ermittelt wurden, ruhig als sehr vorsichtig berechnet ansehen. Andere Schätzungen geben eine halbe Million Vollerwerbslose an.

Viel größer ist aber die Arbeitslosigkeit in Großbritannien. Da werden es nicht weniger als 2½ Millionen sein. Zum Jahresluß waren von etwa 12½ Millionen gegen die Arbeitslosigkeit versicherten Personen über 21,5 v. H. arbeitslos. Fast alle Wirtschaftszweige unterliegen der Arbeitslosenversicherung. Aber es gibt trotzdem noch genug Ausnahmen, so daß die Zahl von 2½ Millionen Arbeitslosen sicher nicht zu hoch gegriffen ist. In einzelnen Industriegruppen, in der Eisen- und Stahlerzeugung, im Schiffbau sind etwa 30—50 Prozent aller Versicherten arbeitslos. Allein in der Woche vom 8. bis 14. März vermehrte sich das Heer der englischen Arbeitslosen um rund 60 000.

Auch das gelobte Land unserer Faschisten (warum wandern sie nicht dahin aus?) ist durchaus nicht gut daran. Es gibt zwar Leute, die noch unentwegt an die wirtschaftliche Blüte Italiens glauben, wie folgendes Zitat aus der gelben Zeitung „Arbeit und Recht“, Nr. 12, beweist:

„Was ist aus Italien, dem einstigen Land der Bettler und Gaukler, unter dem Faschismus geworden? Man kann überall, wohin man blickt, wird unermüdet gearbeitet. Während die Maschinen kochend das Lied der Arbeit singen, ertönt dazwischen der Gesang der Arbeiter: der Faschistenmarsch. Überall fleißige Hände regieramer Menschen, ob in Industrie oder Landwirtschaft, ist gleichgültig, überall fühlt man den Pulsschlag der Arbeit, spürt man eifernden Schaffenswillen, den der Faschismus zu wecken verstanden hat. ... so zwingt das faschistische Italien die Welt zur Bewunderung. Ein Mann mit Willen und Energie, des kleinen Häuflein noch vor wenigen Jahren bespöttelt wurde, Mussolini, hat dieses zustande gebracht.“

Zu diesem Hymnus paßt schlecht, daß es in Italien nach den neuesten offiziellen Angaben 765 325 Arbeitslose gibt. In Wirklichkeit wird die Zahl aber noch viel höher sein, weil hier nur die Arbeitslosen gezählt sind, die bei der Sozialversicherung gemeldet sind.

Der „einzige Gewinner aus dem Weltkrieg“, wie seine Schuldner neiderfüllt sagen, USA, ist schon lange nicht mehr das Land der Prosperität. „Gods own country“, Gottes eigenes Land, ist schon lange kein Paradies mehr. Jedenfalls ist das Elend und die Not der Arbeitslosen dort viel größer als in Deutschland. Es gibt keine allgemeine, obligatorische Arbeitslosenversicherung, man versucht die Not mit privater Wohltätigkeit zu lindern. Aber wir wissen schon, daß das

Immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein kann und dazu noch in den meisten Fällen nicht den wirklich Bedürftigen erreicht, so riesige Summen das reiche Amerika dazu auch aufwenden kann. Nach den Schätzungen des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes gab es am Jahreschluss 1930 in allen Industrien der USA etwa 5,3 Millionen Arbeitslose. Andere private Schätzungen nehmen 8 Millionen an. Die genauen Ermittlungen sind auch hier außerordentlich schwer, und so werden auch die Schätzungen des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein.

Umtausch Zahlenmaterial über die Arbeitslosigkeit gibt es in den USA nicht. Aber daß die amerikanische Regierung sich des kritischen Zustandes wohl bewußt ist, geht aus der neuerlichen Beschränkung der Einwanderung hervor, die praktisch für die deutschen Einwanderer die Tore in das gelobte Land USA verschließt.

In Belgien hat sich seit einem Jahre die Zahl der Arbeitslosen von 22 000 auf 63 000 erhöht, also beinahe verdreifacht. Dazu kommen noch rund 120 000 Kurzarbeiter.

Daß auch neutrale Länder von der Krise nicht verschont werden, zeigt das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen in der Schweiz von etwa 13 000 am Schlusse des Jahres 1929 auf 23 000 zum Jahreschluss 1930.

Die Arbeitslosigkeit ist also ein internationales Problem. Sie verlangt auch eine internationale Behandlung, weil die Volkswirtschaften der einzelnen Länder so vielfach und so eng miteinander verflochten sind, daß die schlechte wirtschaftliche Lage eines Landes immer auf die anderen Staaten, die mit ihm in Handelsbeziehungen stehen, Rückwirkungen haben muß. Wir können aber nur dann das Übel vollkommen anstrotzen, wenn wir die Hauptursache beseitigen, und das ist das privatkapitalistische Wirtschaftssystem, das durch die sozialistische Wirtschaftsordnung ersetzt werden muß.

### Demagogie oder Geistesverwirrung.

Die Lohnbewegung in der ostpreussischen Zellstoffindustrie sowie die Betriebsratswahlen in dieser Industrie veranlassen die KPD mit ihrem Anhang — besonders der RGO — sich der „Interessenvertretung“ der ostpreussischen Zellstoffarbeiterchaft „anzunehmen“. In der Novemberausgabe des „Fabrikarbeiters“, Reichszeitung der RGO für Chemie-, Glas- und Keramikarbeiter, erschien bereits ein Artikel, in welchem die Behauptung aufgestellt wurde, daß die „Gewerkschaftsbözen“ die Zellstoffarbeiterchaft bei der Lohnbewegung im August vorigen Jahres verraten und verkauft hätten. Wie lagen die Dinge?

Unser Verband kündigte im vergangenen Jahre den Mantelvertrag, während der ostpreussische Arbeitgeberverband das Lohnabkommen kündigte. Bei den Verhandlungen wurden sich die Parteien über die Bestimmungen des Mantelvertrages einig, nachdem der ostpreussische Arbeitgeberverband, besonders in bezug auf Arbeitszeit, Zugeständnisse gemacht hatte, jedoch gelang es nicht, über den Lohnvertrag zu einer Einigung zu kommen. Der ostpreussische Arbeitgeberverband bestand auf einem Lohnabbau von 6 Pf. pro Stunde, während wir einen Lohnaufbau von 10 Prozent anstrebten. Der Schlichtungsausschuß fällt daraufhin einen Schiedsspruch, daß die alten Löhne bis zum 28. Februar 1931 weiter gelten sollten. Der Schiedsspruch wurde von der ostpreussischen Zellstoffarbeiterchaft mit 95 Prozent Stimmenmehrheit angenommen, vom ostpreussischen Arbeitgeberverband abgelehnt. In allen Betrieben teilten die Betriebsleitungen durch Anschlag die Ablehnung des Schiedsspruchs mit und daß die Betriebsleitungen bei der Entscheidung des Schlichters von Ostpreußen — der durch uns angezogen war — keine Änderung an den Akkord- und Prämienfragen vornehmen würden. Es war eine zweifelhafte Situation, denn ob die Verbindlichkeitsklärung angesprochen würde, konnte kein Mensch wissen. Daß es in solchen Situationen besonders darauf ankommt, klaren Kopf zu behalten, dürfte einleuchtend sein. Aber wie verhielten sich die RGO-Leute?

In dem eingangs zitierten Zeitungsartikel wurde die Schlichtungsordnung und überhaupt alles, was mit Tarifrecht in Zusammenhang zu bringen ist, in Grund und Boden verdammte. Der „Revolutionär“ Kuhnke kam an dem fraglichen Tage, als der Anschlag auch im Werk Ragnit erfolgt war, zu dem Betriebsratsvorsitzenden des dortigen Betriebes Stangenberg und fragte: „Ja, was wollen die nun?“ (Gemeint war die Direktion mit ihrem Anschlag.) Darauf antwortete der Kollege Stangenberg: „Jedem anderen hätte ich diese Frage nicht abgenommen, daß du jedoch solch eine Frage stellst, wundert mich; für mich ist die Frage nicht ja: Was wollen die? sondern: Was werden wir tun?“ Darauf antwortete dieser Kämpfer der Revolution: „Den Schlichter zwecks Verbindlichkeitsklärung anzuerkennen.“ Hätte man also die ganze Tätigkeit der Funktionäre des Fabrikarbeiterverbandes als Verrat bezeichnet, indem sie vor dem Schlichtungsausschuß den Schiedsspruch erwiderten, der keinen Lohnabbau verlangte, so zeigen diese Moskajungen durch Kuhnke, daß sie solchen Situationen überhaupt nicht gewachsen sind, sie wählten nicht etwa den Kampf auf, sondern schlugen vor, zum Schlichter zu gehen. Wo bleibt da die Logik? Die von uns beantragte Verbindlichkeitsklärung wurde angesprochen, und somit war der Lohnabbau bis zum 1. März d. J. für die ostpreussische Zellstoffarbeiterchaft abgewehrt.

Wir waren uns mit unseren Funktionären darüber klar, daß der ostpreussische Arbeitgeberverband den Zwangslohnvertrag zum wünschenswerten Termin kündigen und mit Lohnabbauverordnungen an uns herantreten wird. Auf Grund dieser Tatsache wurde von uns alles unternommen, um die Schlichtung der Zellstoffarbeiterchaft zu gestalten, daß sie den Lohnabbauforderungen des ostpreussischen Arbeitgeberverbandes energischen Widerstand entgegenzusetzen konnte. Diese unsere Tätigkeit konnte nicht etwa durch die Arbeitgeber geleistet werden, für diese Herrschaften lag keine Veranlassung dazu vor, da ja die KPD die sogenannte Gewerkschaftsopposition als Hilfspolizei für das Unternehmertum ins Leben gerufen hatte. Was sich diese Leute an Lügen und Verleumdungen geleistet haben, soll hier weiter nicht weiter erörtert werden. Lügen ist ja ihre hervorragende Spezialität. Am ehesten sei zur Orientierung der Kollegenschaft in anderen Betrieben hervorgehoben:

Entgegen unseren Bestrebungen, angeht das drohende Lohnabbau die Einheit der Zellstoffarbeiterchaft herzustellen, haben die „Moskajungen“ sich verpflichtet, die Arbeiterchaft zu spalten, indem sie ihren eigenen Laden aufmachten. Getreu dem sowjetischen herausgegebenen Parole „Spaltung der Gewerkschaften um jeden Preis“, wurde hier die RGO-Organisation ins Leben gerufen. Das „Ostecho“ forderte in Nr. 264 vom 11. November 1930 dazu wie folgt auf:

„Es kommt jetzt darauf an, in allen Betrieben festgesetzte Kader der RGO zu schaffen, die auf Grund eines Programms, das von den Vertrauensleuten und Betriebsbelegierten angefertigt wird, die Führung des Lohnkampfes zu übernehmen haben.“

Jetzt hat die von diesen Leuten betriebene lächerliche Agitation auch geschmeit, aber man war nicht in der Lage, uns Abbruch zu tun. Daß diese Leute nicht im Ernst die Lage der Zellstoffarbeiterchaft verbessern wollten, geht daraus hervor, daß sie in öffentlichen Volksversammlungen ein „Kampffprogramm“ aufstellten, worin die Zellstoffarbeiterchaft „Kampfforderungen“ stellte. Auch unsere Organisation wurde durch nachfolgenden Einheitsverbot für eine Versammlung eingeladen.

Ragnit, den 18. Januar 1931.  
Herrn Franz Lengwenat, Titlit.  
Hiermit wirft Du zu der am Sonntag, dem 18. Januar 1931, in Ragnit, im Hotel zur Post, vorm. 9 Uhr, stattfindenden Gewerkschaftsversammlung eingeladen. Die Versammlung ist von der RGO einberufen und öffentlich. In der Versammlung wird zur Lohnbewegung der Zellstoffindustrie Stellung genommen. Ortsleitung der RGO, Ragnit.“

Abgesehen davon, daß sich unsere Organisation nicht von Außenstehenden ihre Handlungsweise vorschreiben läßt, hat diese „revolutionäre Leitung“ nicht einmal den Mut ausgebracht, einen Namen unter diesen Brief zu setzen. Wir werden auch in Zukunft unsere gewerkschaftlichen Angelegenheiten nicht in Arbeitslosen- oder Volksversammlungen erörtern, sondern in unseren Mitgliederversammlungen. Von den im Werk Ragnit beschäftigten 850 Personen waren ganze 40 in der KPD-Versammlung anwesend, die nachfolgendes „Kampffprogramm“ annahm:

- 1. Rein Abbau der Akkord- und Stundenlöhne.
- 2. 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.
- 3. Abschaffung des staatlichen Schlichtungswesens.
- 4. Die Zentralkampfkongresse der Belegschaften sind die allein anerkannten Führer des Kampfes.

Auch in Titlit verurteilte der brave Bürger Thies, Bonge der Bezirksleitung der RGO, Ostpreußen, die Zellstoffarbeiterchaft zu ködern. Wir stellen fest, daß in den drei zu diesem Zweck einberufenen Versammlungen von rund 1600 Beschäftigten noch nicht 100 Mann anwesend waren. Von den Anwesenden waren viele Erwerbslose. Wir waren jedenfalls gespannt, welche „Kampfforderungen“ diese „revolutionäre Leitung“ ergreifen würde, um die Forderung des ostpreussischen Arbeitgeberverbandes auf 15 Prozent Lohnabbau abzuwehren. Das Unternehmertum „zitterte“, als es das aufgestellte Kampffprogramm im „Ostecho“

### Lohnabbau und Sozialreaktion

bedrohen die deutsche Arbeiterchaft heute mehr denn je. In allen Industrien sind die Unternehmer am Werke, brutal und rücksichtslos die ohnehin schon geringen Löhne zu erniedrigen, um ihre Privatgewinne zu sichern oder gar noch zu erhöhen. Alle Lasten aus der Wirtschaftsnote, alle Schäden der Rationalisierung soll die Arbeiterchaft tragen; sie soll alle Opfer auf sich nehmen, die die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise verlangt. Alle Gewinne, alle Vorteile, den ganzen unermesslichen Goldregen, der aus den Mähen und Enbehörungen der Arbeiterchaft erwächst, heimst die Unternehmer ein, unbekümmert um die Not und das Elend, das die von ihnen gestiftete und gepriesene kapitalistische Wirtschaftsordnung über die arbeitende Menschheit bringt. Die sozialen Errungenschaften sollen abgebaut, die Sicherungen gegen Alter und Invalidität verschleudert werden. Wegen das alles ist

der beste Schutz die Organisation!  
Stärke sie! Wirb für deinen Verband!

gelesen hatte. Aber damit war auch für diese Leute die Lohnbewegung in der ostpreussischen Zellstoffindustrie erledigt, und den „reformistischen Gewerkschaften“ blieb die Durchführung der Lohnbewegung überlassen. Als die Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien gescheitert waren, teilten wir diese Tatsache unseren Kollegen in Belegschaftsversammlungen mit. Auf alle Fälle wollten wir nochmals Rücksprache mit den Belegschaften halten, um unsere Handlungsweise mit diesen in Einklang zu bringen. Der „Revolutionär“ Kuhnke erklärte in allen drei Versammlungen in Ragnit: „Kollegen, auf keinen Fall darf ein tarifloser Zustand eintreten. Dieses wollen die „Gewerkschaftsbözen“, und den Gesellen dürfen wir dieses nicht tun.“ Ist so etwas nun radikal oder gelb?

Der Anspruch dieses „Revolutionärs“ gab dem ostpreussischen Arbeitgeberverband Wasser auf die Mühle. Der Syndikus Dr. Gohl begründete seine Lohnabbauforderungen mit einem Artikel aus dem kommunistischen „Ostecho“. Damit ist der Beweis geliefert, daß die Tätigkeit dieser Leute ein Verbrechen an der Arbeiterchaft ist, indem sie durch ihre Schreib- und Handlungsweise dem Unternehmertum in die Hände spielen. Wir haben den Schiedsspruch mit Lohnabbau unseren Kollegen zur Abstimmung unterbreitet. Im Werk Ragnit haben rund 550 Kollegen die Versammlung besucht, es stimmten nur 37 Kollegen gegen die Annahme, weil den Kollegen in richtiger Erkenntnis der angeblichen Wirtschaftslage ein anderer Ausweg unmöglich war. Lassen wir das „Ostecho“ und die anderen kommunistischen Zeitungen von Verrat der Gewerkschaften fallen. Ihre geistige Minderwertigkeit verbietet ihnen, die Wahrheit zu sagen, und sie dokumentieren ihre Unfähigkeit, Massenorganisationen zu schaffen, dadurch, daß sie bereits bei den neugegründeten Organisationen sich in den Haaren liegen. Im „Fabrikarbeiter“ Nr. 3 vom Oktober 1930 schreiben sie:

„In gleicher Zeit treten in den RGO-Organisationen linksfunktionsfähige Ansätze zutage, deren Entwicklung die Entfaltung des Kampfes gegen die Rechten hindert. Diese „linke“, ihrem Wesen nach opportunistische, Abweichung, die in den Ausführungen des Genossen Werker ihren kräftigsten Ausdruck gefunden hat, bedeutet letzten Endes ein unrichtiges Herantreten an die Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften.“

Also: auch die RGO hat schon wieder das Abweichen, es wird aufs neue gespalten nach dem altpreussischen Grundgesetz: Wo zwei beisammen sind, da soll man auseinandergehen, das heißt, wo zwei Kommunisten sind, da sind sie reif für die Spaltung.  
F. Lengwenat.

### Aufschläge, die der Verbraucher zu zahlen hat.

Rund 20 Milliarden Mark muß die städtische Bevölkerung für die wichtigsten Lebensmittel zahlen. Davon gehen 2,3 Milliarden Mark für eingeführte Lebensmittel ins Ausland, 8,8 Milliarden bleiben beim Handel und den verarbeitenden Industrien und 9,3 Milliarden bekommt die deutsche Landwirtschaft. Im Durchschnitt hat der Verbraucher 73 v. H. mehr zu zahlen, als der Landwirt für seine nicht bearbeiteten Erzeugnisse erhält. Der Zuschlag für die einzelnen Waren schwankt stark; er ist am niedrigsten mit 37 v. H. beim Schweinefleisch, er schwankt zwischen 55 und 70 v. H. bei den anderen Fleischarten, zwischen 60 und 100 v. H. bei Obst, Getreide, Milch und Eiern. Für Kartoffeln, Roggen und Weizen liegt der Zuschlag zwischen 110 und 125 v. H. für Gemüse bei 147 v. H. und für Zucker sogar bei 189 v. H., wovon allerdings 17 v. H. auf die Zuckersteuer entfallen. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, welche Auf-

schläge für den Handel und die Weiterverarbeitung von Lebensmitteln vom Verbraucher gezahlt werden. Eine Verminderung derselben würde entweder der Landwirtschaft oder dem Verbraucher zugute kommen. Tritt das letztere ein, so würde eine Erhöhung des Reallohns stattfinden.

### Fortritte der Kapitalkonzentration.

Die Zahl der Aktiengesellschaften in Deutschland geht ununterbrochen zurück. Am 31. Dezember 1930 befanden im Deutschen Reich 10 970 Aktiengesellschaften mit einem auf Reichsmark laufenden Kapital von 24 189 Millionen Mark. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der Gesellschaften um 374 zurückgegangen, das Nominalkapital um 461 Millionen Mark zugenommen. Im Jahre 1930 wurden 268 Aktiengesellschaften neu gegründet oder umgestellt, während 662 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von etwa 544 Millionen Mark aufgelöst wurden, davon ungefähr ein Fünftel durch Konkurs. Das Durchschnittskapital je Gesellschaft betrug Ende 1930 2 205 000 Mk. gegen 1 469 700 Mk. Ende 1925. Von Ende 1925 bis Ende 1930 ging die Gesamtzahl der Gesellschaften von 13 010 auf 10 970 zurück. Sowohl der Anzahl wie dem Kapital nach haben die großen Gesellschaften ständig zugenommen, die kleinen Aktiengesellschaften sind zurückgegangen, während die mittleren sich ungefähr gehalten haben. Von der Gesamtheit entfielen am Ende des Jahres nach „Wirtschaft und Statistik“ in v. H.:

	1930	1927	1930	1927
	von der Anzahl		vom Gesamtkapital	
auf die kleinen Gesellschaften	59	62	4	5
auf die mittelgroßen Gesellschaften	34	32	23	27
auf die großen Gesellschaften	7	6	73	68

Während auf ungefähr 60 v. H. der kleinen Gesellschaften nur 4 v. H. des Gesamtkapitals entfallen, vereinigen 7 v. H. der Gesamtzahl der Gesellschaften 73 v. H. des Kapitals. In den Händen von 189 Gesellschaften mit einem Nominalkapital von 20 Millionen aufwärts befinden sich 52 v. H. des gesamten Aktienkapitals (im Vorjahr 50 v. H.). Auf die Gesellschaften mit einem Kapital von 50 Millionen aufwärts (70, im Vorjahr 66) entfallen 37,6 v. H. des gesamten Aktienkapitals. 30 Aktiengesellschaften haben ein Aktienkapital von 100 Millionen und darüber. Diese 30 Gesellschaften verfügen über ein Eigenkapital von 6419 Millionen oder über mehr als ein Viertel des gesamten deutschen Aktienkapitals. Die größte deutsche Aktiengesellschaft dem Kapital nach ist die I.-G. Farbenindustrie, AG., mit einem Aktienkapital von 1100 Millionen. Diese Angaben zeigen, wie sich die Konzentrationsbewegung innerhalb der deutschen Wirtschaft von Jahr zu Jahr fortsetzt.

### Papier-Industrie

Aberstundenzuschläge bei Kurzarbeit.

Monatelang hatte die Arbeiterchaft der Vereinigten Holzstoff- und Papierfabriken-AG. in Niederschlema das zweifelhafte Vergnügen, mit Betriebsbeschränkungen zu arbeiten. Die Kurzarbeit ging wiederholt bis zu 16 Stunden die Woche zurück. Trotzdem verlangte die Firma, angeblich wegen „besonders eiliger Aufträge“, Aberstundenarbeit, wobei die Mehrarbeit bis zu 12 Stunden pro Tag ausgedehnt wurde.

Während die Firma, gestützt auf den Rat des Arbeitgeberverbandes, es ablehnte, für diese Mehrarbeit die Zuschläge nach § 4 G.W. zu zahlen und sich auf den Wortlaut dieses Paragraphen berief, wiesen die von der Mehrarbeit betroffenen Arbeiter darauf hin, daß einmal bei der üblichen Kurzarbeit im Betriebe die Mehrarbeit ohne wirtschaftliche Schädigung zu vermeiden sei, wenn sie aber geleistet werden müsse, daß dann die Mehrarbeitszuschläge nach § 4 G.W. zu zahlen seien.

Zur Begründung ihres Standpunktes machten die Arbeiter geltend, daß die im § 2 G.W. vorgesehene tarifliche tägliche und wöchentliche Arbeitszeit infolge der eingeführten Kurzarbeit aufgehoben sei, und daß an Stelle der tariflichen Arbeitszeit die eingeführte Kurzarbeitszeit als normale Arbeitszeit anzusehen sei. Der G.W. wolle aber, daß die Mehrarbeitszuschläge gezahlt werden für jede Arbeitszeit, die über die Normalarbeitszeit im Betriebe hinausgeht. Die Arbeiter beriefen sich auf bereits vorliegende diesbezügliche Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichtes.

Das Arbeitsgericht Aue, das Landesarbeitsgericht Chemnitz und das Reichsarbeitsgericht sind dieser Rechtsauslegung der Arbeiterchaft beigetreten und haben die Firma zur Zahlung der Mehrarbeitszuschläge verurteilt.

Wir werden auf die Angelegenheit zurückkommen, sobald die schriftliche Begründung des Urteils des Reichsarbeitsgerichtes (AZO. 469/30 vom 7. März 1931) vorliegt.

Danach steht also fest, daß die Arbeiterchaft der Papiererzeugungsindustrie auch bei Kurzarbeit berechtigt ist, die Zahlung der Mehrarbeitszuschläge zu verlangen.  
G. Stähler.

### Im Dritten Reich!

Die geistigen Produkte aus dem Stahlhelm des Mineralwasserfabrikanten Gebde sind immer wässriger geworden und finden heute weder bei den Geldsackbaronen in Industrie und Handel, noch bei den Landjunkern, noch bei den abgetakelten Durchgängen und Majestäten die zum Leben notwendige Sympathie. Der Tschadowski Hiltler hat den deutschen Geist viel besser erfaßt als seine Konkurrenz. Vielleicht gerade, weil er keinen kapitalistischen Pudding mit etwas sozialem Himbeerfart übergoß, ist es ihm nicht nur gelungen, sich die Liebe des schaffenden und ruffenden Großkapitals zu erwerben, sondern auch die nach der Revolution „arbeitslos“ gewordenen Prinzen, Fürsten und sonstigen Anblüher unter seinen Fahnen zu vereinigen. Seit Wilhelm von Doorn unter die Holzackerbauern gegangen ist, haben auch diese Herrschaften die Gelegenheit gefunden, und können nun als vollwertige Hand-, Fuß- und Kopfarbeiter die Elitearbeiterklasse der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Hiltlers.

Hiltler predigt der Arbeiterchaft das Dritte Reich, sein Vorbild ist der italienische Diktator Mussolini. Nachdem auch der Stahlhelm vor kurzer Zeit durch eine Abordnung seine bisbetigen Revolutionsgenossen, sein in Watten verpackt, dem Duce des verräterischen Dreißigjährigen in Watten hat legen lassen, ist in allen Kreisen unserer „Vatennationalen“ der Faschismus Trumpf.

Seit dem 1. Januar 1931 hat nun auch Hitler die Betriebszellenorganisation programmatisch und systematisch ausgenommen. Das dabei Reinhold Muchow, der geistige Leiter der Nazi-Reichsbetriebszellenabteilung, die Methoden zur Gewerkschaftspaltung vollkommen der KPD abgesehen hat und vorwärtsüber nach kommunistischem Schema seine kommende Gewerkschaftsorganisation auf Parteimitgliedern und Sympathisierenden aufbaut, ist bei der Geistesverwandtschaft beider Gruppen nicht verwunderlich.

Natürlich werden nun auch die Nationalsozialisten um die Seele der Proletariat im Betriebe werben. Deshalb ist es nicht uninteressant, uns die Arbeiterverhältnisse im politischen und wirtschaftlichen Vorbild der Hitler und Goebbels, im faschistischen Italien, etwas näher anzusehen, zumal auch ein Teil der deutschen Unternehmer, darunter auch aus der Papierindustrie, für den italienischen Faschismus schwärzen und den Nazis bereits bei ihrem Ausbau der Betriebszellen Vorlauf leisten. Wir erinnern nur an die Vorgänge im Schillerkonzern.

Als Mussolini nach seinem Marsch auf Rom die Staatsgewalt in die Hände bekam, war seine erste Tat, die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer und Beamten um 20 Prozent zu senken. Genau wie heute in Deutschland sollte aus Kosten der Arbeitnehmereinkommen in Italien der Staatshaushalt in Ordnung gebracht und die Wirtschaft zur Blüte getrieben werden. Weder die wirtschaftliche noch die politische Diktatur Mussolinis hat vermocht, dieses Ziel zu erreichen. Im Gegenteil ist die italienische Wirtschaft trotz dieses gewaltigen Lohn- und Gehaltsabbaues und trotzdem der Wirtschaftskrisis zwischen Kapital und Arbeit durch staatliche Machtmittel erzwungen wurde, von Jahr zu Jahr immer tiefer gesunken. Neben wir dazu einem Unternehmervertreter das Wort. Auf der Tagung des wirtschaftspolitischen Gesamtschusses des Hanlabundes für Gewerbe, Handel und Industrie am 10. Januar 1931 in Berlin führte der wirtschaftspolitische Direktor dieses Bundes, Ernst Masch, zu den wirtschaftlichen Verhältnissen Italiens folgendes aus:

„Nun, es gibt kaum eine Illusion — namentlich im deutschen Unternehmertum — die so groß ist wie die über den Faschismus. Wie sieht es in Italien aus? Von 1922 bis 1929 sind die dauernden Staatssteuern von 13,2 auf 18,7 Milliarden Lire gestiegen, die Provinzial- und Kommunalsteuern von 4,5 auf 6,5 Milliarden. Dabei sind die direkten Steuern insgesamt um 17 Prozent, die Geschäftssteuer um 50 Prozent, die Verbrauchsabgaben und Monopolverträge um 23 Prozent gesteigert worden.“

Mussolini erklärte selbst in einer Rede vom 22. Juni 1929, daß es in Italien Gemeinden gäbe, in denen Leute sich monatelang von Kräutern ernähren. Die allgemeine Lebenshaltung ist derart, daß der faschistische Abgeordnete Zingali im Dezember 1929 in der Kammer an Hand der Statistik nachweisen konnte, daß die Nahrungsration der Italiener die kleinste von allen zivilisierten Völkern sei.

Die Verwaltung ist von Mussolini nicht geklärt, sondern vertriebt worden. Um Parteistellungen zu schaffen, hat man die Provinzialorganisationen geändert und aus 72 hat man 92 Verwaltungseinheiten gemacht.

Die öffentlichen Finanzen stehen unter dem Druck einer dauernd wachsenden schwebenden Schuld. Sie ist von 1927 mit 282 Millionen Lire bis zum 31. Oktober 1930 auf 4427 Millionen Lire gestiegen. Daneben stehen langfristige neunjährige Schatzanweisungen in Höhe von 7640 Millionen Lire, von denen in diesem Jahre jezt 3500 Millionen Lire fällig sind, ohne daß Italien weiß, woher das Geld kommen soll, nachdem die Bemühungen, den deutschen Reparationsüberschuß zu mobilisieren und auf ihm eine Auslandsanleihe von 3 Milliarden Lire aufzubauen, gescheitert sind.

Die Sparsamkeit geht zurück. Die Konkurse wachsen. Ein überaus großer Teil der Handelsflotte liegt brach. Das Eisenbahnetz ist von 1924 bis 1929 um 200 Kilometer erweitert worden. Die Schulden der Eisenbahn sind um 4,8 Milliarden Lire gestiegen.“

So und nicht anders leben die politischen und wirtschaftlichen Erfolge der faschistischen Diktatur in Italien aus. Und da Mölich die Anschließerei Hitlers an das deutsche Unternehmertum richtig erkannt hat und ähnliche Zustände unter nationalsozialistischer Diktatur für Deutschland befürchtet, sagt er auch mit folgenden Worten, warum er diese Ausführungen über das faschistische Italien machte: „Aber da der Faschismus über auch das Spiel mit dem Gedanken des Ständestaates die Brücke darstellt, auf der Hitler zu einer Rückendeckung beim deutschen Unternehmertum gelangen will, müssen wir auch dieser Seite der (Hitler-) Bewegung unsere Beachtung zuwenden.“

Die Tatsache, daß trotz des 20prozentigen Lohn- und Gehaltsabbaues der Zusammenbruch der italienischen Wirtschaft beschleunigt wurde, hindert Mussolini nicht, den Weg weiter zu beschreiten. Es hieße ja auch die eigene Dummheit in wirtschaftlichen Dingen einzugehen, wollte Mussolini auf diesem abschüssigen Wege haltmachen. Infolgedessen versucht er erneut durch Lohn- und Gehaltsabbau die Wirtschaft zu „retten“. Nach dem Nachrichtenblatt über die faschistischen Korporationen vom Dezember 1930 — das Blatt ist eine amtliche Ausgabe des italienischen Arbeitsministeriums — werden durch ein Gesetzesdekret die Gehälter der Beamten der öffentlichen, halbstaatlichen, privaten oder sonstwie mit dem Staat in Verbindung stehenden Körperschaften um 12 Prozent gekürzt. Das gleiche gilt auch für das Personal derjenigen Unternehmungen, die vorzugsweise ihr Bestehen der Verbindung mit diesen genannten Körperschaften oder mit dem Staate verdanken. Das heißt also, daß auch in allen Betrieben, an denen der Staat beteiligt oder die durch ihn finanziert werden oder die Staatslieferungen ausführen, die Gehälter um 12 Prozent zu kürzen sind.

Auf Grund einer Verordnung, die Mussolini erlassen hat, wurden auch für die Arbeiterschaft der italienischen Papierindustrie die tatsächlichen Einkünfte der Arbeiter um 8 Prozent herabgesetzt. Befreit wurden lediglich von diesem Lohnabzug die jugendlichen Arbeiter, und zwar, soweit deren Verdienst in Ortschaften unter 200 000 Einwohnern 8 Lire = 1,76 Mk. und in Städten über 200 000 Einwohner unter 12 Lire = 2,64 Mk. betrug. Ferner wurden von der Lohnherabsetzung die Arbeiter befreit, deren wöchentliche Beschäftigung nicht mehr als drei Tage beträgt. Soweit im vorhergegangenen halben Jahre bereits eine Lohnkürzung eingetreten ist, wird diese auf die neue Kürzung mit angerechnet.

Dieser Lohnabbau hat unter der italienischen Arbeiterschaft berechtigte Empörung ausgelöst. Die „Papierzeitung“ berichtet darüber folgendes:

„Die Lage der italienischen Papierindustrie war durch den von der Regierung angeordneten Preisabbau und den eben erfolgten Lohnabstrich (12 v. H.) recht unruhig geworden. Der von der italienischen Regierung mit der Leitung der italienischen Papierindustrie und nahezu diktatorischen Machtbefugnissen ausgestattete außerordentliche Industriekommissar Urico Klinger hat es deshalb für notwendig gefunden, die Staatsgewerkschaften der Papierarbeiterschaft um sich zu versammeln, um Besprechung der Lage herbeizuführen. Klinger hat u. a. in diesen Tagen das Papierfabrikationsgebiet von Grosfnone-Isola del Liri aufgesucht und in einer Ansprache an die Arbeiterschaft erklärt, es gäbe aus der italienischen wie aus der Weltkarte nur zwei Auswege, getragen von zwei Weltanschauungen: der korporativ-faschistischen und der kommunistisch-bolschewistischen. Beide verlangten Opfer, aber beide schühten vor einem Zugrundegehen und Sterben, wie man es in allen anderen Ländern feststellen könne. Klinger hat dann neue Mitglieder in die Staatsgewerkschaften aufgenommen, er hat die Cartiere Meridionale und die Papierwerke von Grosfnone aufgesucht, die Stiftung des Hr. Uff. Colombo von einer Million für eine Arbeiterpension angenommen und mit diesem Besuch allem Anschein nach die Unruhe in der mittelitalienischen Papierindustrie und die schweren Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aus der Welt schaffen können.“

Wir sehen also, daß in Italien genau wie in Sowjetrußland die staatlich konfessionierten Gewerkschaften nicht dazu da sind, die Interessen ihrer Zwangsglieder zu vertreten, sondern daß sie zum Häufel für die Staats- und Industrieemissionen herabgewürdigt

ihm zumindest die Schwerindustriellen und ein Teil der Bankhäuser, von deren Almosen die nationalsozialistische Bewegung anscheinend nur lebt.

Neben diesem Lohn- und Gehaltsabbau soll aber auch noch die Ernährungsweise, soweit es sich, um mit Mussolini zu reden, die Arbeiterschaft nicht nur von Kräutern ernährt, noch weiter verschlechtert werden. Das erwähnte amtliche Nachrichtenblatt wies darüber folgendes zu berichten:

„Die Kommission hörte hierauf einen von Professor Marotta gehaltenen Vortrag an, der die Möglichkeit in Erwägung zog, bei der Herstellung von Teigwaren einen gewissen Anteil von Reismehl zu verwenden. Es wurde anerkannt, daß die Vermischung eines mäßigen Anteils von Reismehl weder technische Schwierigkeiten bietet, noch im Hinblick auf den Nährwert sich nachteilig auswirkt, solange bestimmte Richtlinien und Vorsichtsmaßnahmen getroffen und eingehalten werden, die während der Besprechung klar zutage traten. Das Korporationsministerium ist bereits damit beschäftigt, diese vorerwähnten Maßnahmen einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen.“

Wer die Ernährungsweise der italienischen Arbeiter kennt und weiß, daß neben etwas Käse besonders die aus Reismehl hergestellte Polenta die Hauptnahrung bildet, der kann ersehen, was es bedeutet, diese schon dürftige Nahrungsweise auf das chinesische Kollifutter herunterzudrücken.

Neben diesen Verschlechterungen enthält das Nachrichtenblatt eine weitere Verschlechterung für die in kontinuierlichen Betrieben Beschäftigten. Nach dem Gesetz steht in diesen Betrieben den Arbeitern eine wöchentliche Ruhepause von 24 Stunden zu. Die Unternehmer kleinerer Betriebe haben nun die Behauptung aufgestellt, daß sich dieser wöchentliche Ruhetag nicht durchführen lasse, da es an ausgebildeten Arbeitskräften fehle und diese nur schwer durch andere Reservearbeiter ersetzt werden können, und daß es deshalb nicht möglich sei, die 24stündige Ruhepause durchzuführen. Mussolini, der ebenso wie Hitler nicht nur mit den Unternehmern liebäugelt, sondern seine Diktatur nur auf Unternehmerrücken aufrechterhalten kann, zeigte auch Verständnis für diese Industriekrauter. Infolgedessen hat sein Korporationsministerium angeordnet, daß für diese Betriebe die Ruhepause innerhalb zweier Wochen auf 36 Stunden herabgesetzt werden kann. Die Entscheidung darüber treffen auf Antrag der Werke die korporativen Inspektoren (Gewerbeaufsichtämter).

## Kapitalismus - Unvernunft, Sozialismus - Vernunft.

... Überall wachsende Anarchie des Kapitalismus, der selbst tagtäglich den Massen die Tatsache seiner Unvernunft in die Gehirne hämmern mußte. Was hat z. B. den Arbeitern die Rationalisierung gebracht? Unbedingt ist ihr Ergebnis: mit derselben Arbeit mehr oder mit weniger Arbeit ebensoviel oder sogar ebenfalls mehr zu produzieren. Wo bleibt die Auswirkung der ratio, auf deutsch Vernunft, für die Arbeiter? Organisation der Masse zum Kampf gegen die Unvernunft kann allein die Reaktion auf den Widerstand der kapitalistischen Produktionsweise sein. Größtenteils ist ja die Geschichte der menschlichen Not eine Geschichte der Unvernunft in Staat und Gesellschaft. . .

Max Heydemann (in „Unser Weg“, Nr. 5, 1930)

Ein anderes italienisches Gesetz sieht vor, daß in den Betrieben Speiseräume zu errichten sind, wenn mehr als 50 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Auch dieser Bestimmung hat das Korporationsministerium durch seine Auslegung eine Verschlechterung gegeben. Danach sollen solche Speiseräume nur noch errichtet werden müssen, wenn der Arbeitsstundenplan es erfordert oder die Wohnungen der Arbeiter vom Werke weit entfernt liegen, so daß aus diesen Gründen mehr als 50 Arbeitnehmer gezwungen sind, sich während der Arbeitspausen in Werke aufzuhalten. Die Gewerbeaufsichtämter haben aber auch hier das Recht, diese Verpflichtung den Unternehmern ganz oder teilweise abzunehmen.

Diese Auszüge dürften genügen, um der Arbeiterschaft und besonders der Papierarbeiterschaft zu zeigen, in welches Unternehmerrückes eine faschistische Diktatur der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei führt. Die deutsche Arbeiterschaft wird sich deshalb auch durch die hitlerischen Phrasen, daß zu den Feinden des Nationalsozialismus neben dem republikanischen Staatssystem das Unternehmertum, die Gewerkschaftsführung, die KPD, und die Selben gehören, nicht täuschen lassen. Dafür sorgt schon das unvorsichtige Verhalten Hitlers, der sich trotz seiner antisemitischen Redensarten von jüdischen Bankdirektoren bewirten läßt, bei den Schwerindustriellen und anderen Unternehmerrückes Gelder für seine Parteikasse erbettelt, und der sich in Gesellschaft von Fürsten und Prinzen, Prinzessinnen und Industriellen außerordentlich wohl fühlt. Infolgedessen werden die Papierarbeiter der neuen programmatischen Zellenbildung und Gewerkschaftszersplitterung durch die Nationalsozialistische Arbeiterpartei nicht gleichgültig zusehen, sondern den Kampf gegen diese Arbeiterpartei der Fürsten und Prinzen und der kapitalistischen Scharfmacher aller Richtungen mit aller Entschiedenheit aufnehmen.

G. Stähler.

### Aus der Papierfabrik Wiede in Rosenthal.

Die Arbeiterschaft in Wiedes Papierfabrik soll mehr-fach bluten.

Nachdem nun auch die Löhne der Papierarbeiter in Mitteldeutschland vom 11. Januar an um 4 Pf. für Frauen und 5 bis 7 Pf. für Männer abgebaut sind, sollen die Arbeiter der Papierfabrik Wiede noch einmal gerupft werden. Die Firma hat den Antrag gestellt, in die Ortsklasse III des VZL versetzt zu werden. Ein Betrieb mit rund 1400 Beschäftigten, mit vier modernen Papiermaschinen, mit eigener Zellulosefabrik, drei eigenen Schleifereien, darunter ein Großkraftschleifer, mit Bahngleisanschluss, wo ständig zwei Eisenbahnlokomotiven den ganzen Tag zu rangieren haben, ferner mit einer Ganzweispapiermaschine ausgerüstet neben den übrigen neuesten Einrichtungen, ein solcher Betrieb soll nun auf einmal in die niedrigste Ortsklasse III versetzt werden. Das ist eine zu starke Zumutung, die sich die Firma erlaubt. Der Direktor sei geraten, den Vogen nicht zu kraß zu spannen. Würde die Firma mit ihrem Verlangen durchkommen, so würde das eine neue Lohn-einbuße für Frauen von 7 Pf. und für Männer von 11 bis 13 Pf. bedeuten. Rechnet man den Lohnabzug vom 11. Januar an, so wäre das eine Lohnminderung für Frauen von 11 und für Männer von 15 bis 30 Pf. je Stunde. Bei einer Arbeiterzahl von rund 1400 macht das jährlich ein ganz schönes Stümchen aus, was die Firma für sich einstecken könnte. Die Arbeiter können ja Kohldampf schießen. Die Firma gibt als Begründung ihres Antrages die hohen Transportkosten an. Sie hat aber Vorteile, die andere Papierfabriken mit niedrigen Transportkosten nicht haben. So in der eigenen Zellulosefabrik beim billigeren Holzeinkauf und verschiedene andere. Diese Tatsachen gleichen die angeblich hohen Transportkosten bestimmt wieder aus. Eigentlich gehört die Firma Wiede in die Ortsklasse Ia, in die sie nur wegen der höheren Transportkosten nicht kam.

Der tarifliche Schiedsaussschuss und auch das Tarifamt haben sich bereits mit dieser Sache beschäftigt, eine Einigung konnte an beiden Stellen wegen Stimmengleichheit nicht erzielt werden.

Seine Verjährungsfrist hat es jetzt schon alles mit in eine

## Frauenfragen.

### Das ausgelassene Kind.

Man sieht im ausgelassenen Kinde meistens das ungezogene Kind, das sich nicht beherrscht und seinen Trieben freien Lauf läßt. „Sei nicht so ausgelassen!“, so mahnen die Eltern dann. „Nimm dich zusammen!“, „Sei schön artig!“

Dabei ist das Ausgelassensein so nötig für unser Kind. So nötig überhaupt für den Menschen. Wir alle müssen uns hin und wieder einmal ausleben können, so recht froh und frei. So ganz ohne Vernunft und Sinn. Denn nur wenn man mal ein paar ausgelassene, verrückte Tage gehabt hat, kann man einmal wieder eine Zeitlang Mensch sein, wie Goethe sagte.

Im Menschen steckt etwas vom Künstler, der es in seiner Schöpferlust liebt, auch die alltägliche Gleichheit im kleinen einmal zu überwinden, um er selber zu sein. Dieses öde Gleichmaß, zu dem das Leben uns zwingt, ist gegen das Freie im Menschen. Und wenn das Ausleben natürlich auch innerhalb der ungeschriebenen Regeln des Kulturzusammenlebens bleibt, es ist doch einmal etwas anderes, Freies und Frisches. Etwas vom Herrscher steckt dann in uns. Etwas vom Schöpfer. Etwas von dem Bestimmenden und Stolzen, zu dem wir Menschen berufen sind.

So ist das Unterdrücken des Ausgelassenlebens unseres Kindes ein Beschneiden seiner Frische, die da schwingen möchten zu Höhen. Menschen, die immer im Alltagsboden nur wühlen, schweben nie über dem Leben, von wo aus allein das Leben ganz und weit bis in die Ferne zu sehen ist.

Im Ausgelassensein erlebt sich im kindlichen Menschen der freie Mensch. Das ausgelassene Kind erlebt etwas vom Liefften seines Rechtes, seiner Freude, seiner Freiheit. Und darum hat das Kind die ganze, große Liebe des Verstehens nötig auch im Ausgelassensein.

Gustav Hoffmann.

## Jugendbewegung.

### Warum Jugendgruppen?

Mit nicht geringer Freude beobachten wir die erfreuliche Entwicklung der Jugendbewegung innerhalb unseres Verbandes. Selbst in kleineren Jahressellen wurden, wie aus den Berichten in unseren Verbandszeitungen hervorgeht, Jugendabteilungen gegründet, die meist auch einen befriedigenden Aufschwung nehmen. Manchem Zweifler dürfte damit bewiesen sein, daß es durchaus möglich ist und guten Erfolg verpricht, unsere jungen Kolleginnen und Kollegen in gewerkschaftlichem Sinne zusammenzufassen. Doch wir wollen das selbst Erzielte nicht über den grünen Alee hinaus loben; wir wissen, manches bedarf noch der Erfüllung, intensive Arbeit ist noch nötig, um das große Werk zu gestalten. Warum wir Jugendgruppen in unserem Verbandsverband haben wollen? Weil gerade die heutige Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes besonders dazu angefaht ist, schon unseren jugendlichen Mitgliedern zu zeigen, wo die wahren Uebel zu suchen sind. Drängt sich uns nicht die Erkenntnis auf, daß jene Demagogie, wie sie von den Radikalen von rechts und links getrieben wird, die Jugend vergiften muß? Hier muß unsere Gegenwehr einsehen. Und das ist die Aufgabe, die durch den Zusammenschluß der Jugend in den Jugendgruppen zu lösen ist.

Palmatum! Die Kinder werden aus der Schule entlassen. Sie werden — soweit dies unter den heutigen Verhältnissen überhaupt möglich ist — eingereiht in den Produktionsprozeß. Bei manchem dieser jungen Menschen wird schon nach einigen Wochen die Erkenntnis reifen, daß im Erwerbaleben zu stehen doch etwas ganz anderes ist, als man sich erst vorstellte. Wie bald werden diese jungen Menschen, die, da Vater und Mutter tagsüber in der Fabrik arbeiteten, oft genug ohne ausreichende mütterliche Pflege herangewachsen sind, erkennen, daß sie nur Ausbeutungsobjekte des Kapitalismus sind. Eltern, ergreift daher am Tage der Schulentlassung die Gelegenheit, um euren Kindern den Weg zu weisen, der aufwärts führt, den Weg in die freien Gewerkschaften! Berichtet ihnen, wenn ihr es noch nicht getan habt, von den großen Aufgaben und Zielen, die die Gewerkschaftsbewegung verfolgt. Vergesst aber auch nicht, euren Kindern zu sagen, welchen ungeheuren Aufstieg die Gewerkschaften genommen haben, und daß selbst die Polizeidiktatur eines Bismarcks, wie überhaupt die Maßnahmen des wilhelminischen Obrkeitsstaates machtlos gegen die Solidarität des Proletariats waren. — Aber auch die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben haben eine äußerst wichtige Mission zu erfüllen, nämlich die, daß sie sich der Jugendlichen, die neben ihnen arbeiten, mehr als bisher annehmen und ihnen bei jeder Gelegenheit als Berater, nicht nur in allen Fragen des Lebens, sondern auch bei der Arbeit dienen. Ein liebevolles Verhältnis zwischen alt und jung ist das beste Mittel, die Jugend für den Kampf, in dem wir stehen, zu begeistern. — Wenn jede Kollegin und jeder Kollege in diesem Sinne auf die Jugendlichen einwirken und sie nicht nur für den Verband zu gewinnen, sondern auch zum Besuch der Veranstaltungen der Jugendabteilungen zu verpflichten suchen, so wird der Erfolg nicht ausbleiben, und der unter dem Schlagwort „um die Seele des Jugendlichen“ vornehmlich auch von dem Unternehmertum geführte Kampf (ich erinnere an das „Dina“) wird, weil die proletarische Jugend eben zu uns gehört, auch zu unseren Gunsten entschieden werden.

In den Jugendgruppen ist es unsere Aufgabe, die jungen Kolleginnen und Kollegen durch belehrende Vorträge aller Art, Ausprachen usw. für den schweren Kampf, der in der Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch ihrer Ausbeuter enden muß, zu schulen, und die schon erwähnten Erfolge beständigen zu machen, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Ein von fröhlicher Jugend organisierter und durch die Jugendbewegung gegangener Mensch wird sich niemals zu Streikbrecherdiensten oder gar als Mitglied eines Werkvereins benutzen lassen, sondern immer ein überzeugtes, zuverlässiges Mitglied der freien Gewerkschaften, ein eifriger, treuer Mitarbeiter in unserem Verbands sein.

Gustav Schmidt (Hannover).

### Jugendweibel

Ein bedeutungsschwerer Tag! Wie oft wird der junge Mensch noch des Elternhauses gedenken und mit besonderer Besorgung des Tages, der ihn sinnbildlich aus der Kindheit in die Sphäre der Erwachsenen erhoben hat. Wie schön kann diese Erinnerung als lichter Schein über die versunkene Kindheit leuchten und über das Fest, das sie beschloß. Und wie trüb ist sie oft! Ein finsterner Nebel legt sich dann über das Leben im elterlichen „Heim“ und den Tag, der es krönen sollte.

Da sitzen Alltagsmenschen niederen Schlasses um den Tisch, um nach ihrem Brauche zu feiern. Gierig werden die Becher ge-

Klatsch und leerer Witz. Danach die Jote, die das Höchste des Lebens in die Kloake zieht. Schließlich, wenn der geliebte „Stoff“ seine Rolle vollendet, kommt noch Streit und Zank. Rohe Schimpfwörter fliegen. Selbst Tälchlichkeiten trennen Nachbarn, Freunde, Verwandte, die gekommen waren, einen bedeutungsvollen Tag nach allem Brauch zu feiern. Mit Abscheu denkt der junge Mensch sein Leben lang an die qualmige, von Bierdunst erfüllte Stube, an den selbstgekelkerten „feurigen“ Beerenwein, den Stolz des Laubengärtners, der so üble Wirkungen hervorgerufen hat. Denkt oft daran, wie man ihn selbst an diesem Tage, oft mit halber Gewalt, zum Trinken genötigt, mit dem ersten Raufsch die erste tiefe Beschämung der Selbsterniedrigung in ihm erzeugt hat.

Wie anders dort das Bild: Frohe Menschen, gemächlich um den freundlich geschmückten Tisch geschart. Herzlicher Ernst und freundliches Schagen erfüllen den Raum. Mächtig hört man eine sinnige Ansprache. „Anste und heitere Lieder aus dem reichen Schatz unserer Volks- und Kampfdichtung klingen zur Laute. Fröhliche, nie boshaft, nie gemeine Scherze und Vorträge erheben die Laune, geben allen das Gefühl echter Gemütlichkeit. Und geht das Fest zur Neige, dann scheiden alle im Frohgefühl innerlicher Bereicherung.“

Warum hier so anders? Weil kein Rauschtrank den Festtag verunziert, in die Tiefe niederer Genüsse hinabgezogen hat. Weil die köstliche Frucht des Obstbaums oder des Beerenstrauchs unvergoren ihre herrliche Würze, ihren süßen Wohlgeschmack entfalten konnte. Ohne Alkohol wurde hier ein Fest begangen, das ein junges Leben für immer erhob, mit dankbarer Liebe zu Eltern und Freunden erfüllt hat. Wieviel echte Volkskultur kann im engen Rahmen der Familie gepflegt — und wieviel Lebenswert kann durch Flehen am Hergebrachten, durch unbedachte Genüsse für immer zerstört werden!

**Jugend auf Wanderschaft.**

Das fröhliche Handwerksburschenlied von der Wanderlust ist auf den Landstraßen fast verstummt. Zwar hat die schwere Wirtschaftskrise viele Tausende auf die Straßen geworfen, die nachdringenden zum Wandern greifen, aber düster und wenig hoffnungsvoll sind die Gesichter, die man auf der Landstraße trifft. Arbeit, die man sucht, gibt es auch in anderen Städten nicht, und beim Klinkenputzen kommt kaum genügend zum Nachtquartier zusammen. — „Das sind Zeiten!“ hört man klagen.

Die Sichtungsstelle Görlitz, die sich mit der Wanderfürsorge beschäftigt, hat ein beachtenswertes Material gesammelt, das in einem Beitrage der „Arbeiterwohlfahrt“ behandelt wird. Danach wurden im Geschäftsjahr 1929/30 von der Sichtungsstelle rund 2300 Jungwandler erfasst. Davon stammten 1480 aus Schlesien, 728 aus anderen Teilen Deutschlands und 93 aus dem Auslande. Im Jahre 1926 registrierte die Sichtungsstelle 1650 Jungwandler, so daß also die Zahl im letzten Jahre ganz erheblich gestiegen ist. Die Not war zweifellos die stärkste Triebfeder für die starke Steigerung. Die schlesischen Jungwandler hatten zum überwiegenden Teil Westdeutschland als Wanderungsziel. Sie gehen mit der Hoffnung dorthin, Arbeit und Verdienst zu finden und aus dem qualvollen Nichtstun herauszukommen. Aber auch aus dem Westen Deutschlands passierten die Sichtungsstelle über 700 Jungwandler. Diese haben noch weniger Aussicht auf Arbeit als die nach dem Westen wandernden schlesischen Jungarbeiter.

Bemerkenswert ist das Alter der Jungwandler. Im Alter von 15 bis 18 Jahren standen 261 Jugendliche oder 11,3 Prozent. 19 Jahre waren 542, 20 Jahre 730 und 21 Jahre 776 Wanderer alt. Im Alter von 16 Jahren standen 44, im Alter von 17 Jahren 149 Jugendliche. Schulkinder zählte man 1926 sechs, 1927 vier und 1928 zwei. Im letzten Geschäftsjahr wurden keine Schulkinder von der Sichtungsstelle erfasst. Wie hieraus ersichtlich ist, nimmt die Zahl der Jungwandler vom 19. Lebensjahre an außerordentlich stark zu. Auch heute ist danach die Zahl derjenigen, die nach Beendigung der Lehrzeit zum Wandern greifen, erheblich groß. Der Verlust der Arbeitsstelle nach beendeter Lehre ist eine Massenerscheinung.

Diese Tatsache geht auch aus der Feststellung hervor, daß der Anstieg zum Wandern in den meisten Fällen Arbeitslosigkeit ist. So war nach einer anderen Aufstellung in 2030 Fällen Arbeitslosigkeit die Ursache, und in 1160 Fällen häusliche Verhältnisse. Wanderlust wurde in 561 Fällen als Ursache angegeben und Straftaten in 41 Fällen. Eigentliche Handwerksburschen wurden unter 4200 Jungwandler nur 272 festgestellt. Diese Feststellung zeigt uns, daß der eigentliche Handwerksbursche unter den zahllosen Wanderern eine seltene Erscheinung ist. Die Not der Zeit hat ihn verschlungen, sein fröhlicher Auszug nach anderen Städten ist dem planlosen Umherziehen gewichen. Die Zeit trägt die „alte Handwerksburschenherlichkeit“ zu Grabe. Mit dieser starken Verwahrung der ziellosen Wanderung steigt naturgemäß das Mißtrauen gegen den Wanderer, in dem schon früher der Spießer den schlechten Kerl vermutet hat. So ist es heute denn auch viel schwerer, sich auf der Landstraße durchzuschlagen, zumal die Ansichten auf Arbeit und die damit verbundene Auffrischung der Kraft ärgerlich gering sind.

Um so mehr ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die Wandererfürsorgeeinrichtungen zu vermehren und auszubauen. Wie heute die Dinge liegen, ist es menschliche Pflicht, allen denjenigen die Hand zur Anfristung zu bieten, die auf der ergebnislosen Suche nach Arbeit so leicht vom geraden Wege abweichen können. Gegenwärtig ist fast ein Drittel der jungen Arbeiterschaft von 18 bis 21 Jahren arbeitslos. In Berlin sind von den jugendlichen Erwerbsfähigen im Alter von 14 bis 21 Jahren etwa 45 000 bis 50 000 arbeitslos. In anderen Städten und besonders in den Industrieregionen sind die Verhältnisse nicht besser. Sie kehren schließlich, wenn alle Verträge scheitern, der Stadt den Rücken und wollen in der Fremde ihr Glück versuchen. Aber heute sind die Möglichkeiten, als gewachter Mann eines Tages in die Heimat zurückzukehren, noch geringer als früher. Für den Arbeiter waren diese Möglichkeiten ja noch nie zahlreich vorhanden. Das Handwerksburschenleben hat dadurch seine Poesie eingebüßt, denn das Leben auf der Landstraße ist rauh und hart, die Menschen sind unversöhnlich, sie sehen in jedem einen Lagenichts, vor dem man die Tür verriegeln mußte. Zahlreiche Fälle von neuzeitlichem Straßenschiffertum, mit dem aber niemals der eigentliche Handwerksbursche etwas zu tun hat, haben die Menschen verächtlich gemacht. Dazu kommt, daß derjenige Teil der Bevölkerung, die Arbeiter, die zum Leben immer bereit sind, selbst nichts besitzen.

So ist der „Killer der Landstraße“ allen Gefahren ausgelegt, die täglich ihn umlagern und die er oft zu spät erkennt. Nicht allein im Interesse der Jugendlichen selber, sondern auch

im eigenen Interesse hat der Staat die Pflicht, den jugendlichen erwerbslosen Wanderern sozial zu helfen. Die Selbst- und Raubmorde Jugendlicher, die Krawalle der Soldnerischen politischen Parteien sind im Grunde genommen nichts anderes als Symptome wirtschaftlicher Wurzellostigkeit großer Schichten Jugendlicher. Mit Gewaltmitteln des Staates können diese Auswüchse jugendlicher Demoralisation nicht beseitigt werden. Man muß Wege weisen, vor allem Arbeitsmöglichkeiten schaffen, denn die Unfähigkeit laftet gerade am drückendsten auf den Jugendlichen. Man handle, ehe es zu spät ist.

**Ermäßigte Preise.**

Alle wanderlustigen Gewerkschaftsmitglieder werden an einem Beschluß der letzten Reichsversammlung des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde“ über Vergünstigungen für die Mitglieder der freien Gewerkschaften interessiert sein. Der Beschluß besagt, „daß die Mitglieder der Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege sowie die Mitglieder der freien Gewerkschaften auf den Naturfreundehäusern gegenüber den Nichtmitgliedern Preisermäßigung erhalten.“

Gewerkschaftler, die Ferienwanderungen unternehmen, sollten darum in erster Linie die Benutzung der in allen Teilen Deutschlands und Österreichs vorhandenen Naturfreundehäuser in Betracht ziehen.

**Gewerkschaftliche Nachrichten.**

**Kommunistische Kirchenratspolitik.**

Im „Fabrikarbeiter“, der Reichszeitung der revolutionären Chemie-, Papier-, Glas- und Keramikarbeiter, stellt die RGO. fünfundsanzig revolutionäre Forderungen für das Leunawerk auf, für deren Verwirklichung der demnächst zu wählende kommunistische Betriebsrat eintreten soll. Ganz abgesehen davon, daß die Hoffnung auf einen nach Moskauer Diktat handelnden Betriebsrat im Leunawerk sich nicht erfüllen wird, kann selbst der revolutionärste und linientreueste Kommunist und Anhänger der RGO. die hier erhobenen Forderungen nicht durchsetzen.

Welcher denkende Arbeiter glaubt daran, daß es möglich ist, jetzt die Vierzigstundenwoche bei vollem Lohnausgleich durchzuführen? Oder die Altkord- und Prämienysteme jeft zu beseitigen? Wer glaubt daran, daß es jeft möglich wäre, einen dreiwöchigen bezahlten Urlaub für alle ein Jahr im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen durchzusetzen? Und die Bezahlung einer viertelstündigen Wegezeit, wenn der Weg zur Arbeitsstätte, d. h. bis zum Fabriktor, mehr als 800 Meter beträgt?

**Die soziale Revolution, aber kein Bürgerkrieg.**

Die Herausführung der sozialistischen Ordnung fordert die vom Ideal sozialer Gerechtigkeit erfüllte, im Streben nach ihr sich einig und solidarisch fühlende, zum Kampf bereite Arbeiterschaft. Kampf und Revolution — wir brauchen bei dem Wort nicht an Barrikaden und Straßenkämpfe zu denken, am wenigsten bei den Anhängern eines Mannes (Marr) und den Zeitgenossen eines Krieges, die beide, der eine in der Theorie, der andere durch die Praxis, gezeigt haben, daß wirtschaftliche Machtmittel auf die Dauer stets über nur militärische den Sieg davontragen.

A. v. Aster („Marr und die Gegenwart“ Verlag J. C. W. Mohr, Tübingen).

Warum begründet die RGO. ihre Forderungen nicht damit, daß alle ihre fünfundsanzig Forderungen in Sowjetrußland schon vollständig durchgeführt seien? Aber dies wäre selbst im Sowjetparadies unmöglich, viel weniger im kapitalistischen Deutschland. Mit solchen Agitationsphrasen, wie sie „Der Fabrikarbeiter“ veröffentlicht, bessert man die Lage der Arbeiterschaft nicht, sondern verzerrt Kraft und Mittel. Aber diese mehrfache „Vorpiegelung falscher Tatsachen und Möglichkeiten“ entspricht ja der Taktik der RGO. Bedauerlicherweise, die Arbeiter, die darauf hineinfallen.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

Bremen. Für die überreichen Aufmerksamkeit und Anerkennung anlässlich meines zehnjährigen Dienstjubiläum sage ich an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle sowie auch den Kollegen der anderen Zahlstellen, die dazu beigetragen haben, insbesondere auch der Gauleitung des Gaues 15 meinen herzlichsten Dank. Fr. W. Dibiak.

Mosheim a. Rh. Was bei Betriebskrankenkassen alles möglich ist. Die Mineralwerke Rheinania-Ofen in Mosheim a. Rh. sind dadurch bekannt, daß ihre Arbeiterschaft fast vollkommen unorganisiert ist. Deshalb wird sie auch so behandelt, wie sie es verdient, sie wird mehr als „mit Schorpionen gezüchtigt“. Obwohl das Werk zur chemischen Industrie gehört, also unter den Reichs-Tarif der chemischen Industrie fällt, sucht sich die Betriebsleitung einen Tarifvertrag heraus, der ihr gefällt, d. h. mit dem die Firma besser wegkommt.

Ein Betriebsrat besteht nicht, ist auch nicht zustande gekommen, obwohl durch des Bericht ein Wahlvorstand bestellt wurde. Und so kann es, wie es kommen mußte, der Arbeiterschaft wird ihre Gleichgültigkeit gehörig heimgezahlt. Erst wurde eine Betriebskrankenkasse errichtet. Ein Betriebsrat war nicht da, aber trotzdem brachte es die Firma fertig, eine Betriebskasse zu errichten. Nun zeigen die Arbeiter unter der Geißel „Betriebskrankenkasse“. Wie diese Kasse aussieht, beweist ein Anschlag (Anschreiben) vom 12. Februar 1931 der Betriebskrankenkasse „Rheinania-Ofen“. Es heißt da u. a.:

„Nach § 25 Ia Abs. II Seite 11 der am 1. November 1930 in Kraft getretenen neuen Kassenordnung haben die Mitglieder bei jedem Besuch des Arztes in der Wohnung des Patienten, sofern es sich um Familienangehörige handelt, 50 Prozent der Wegegebühren an den Arzt direkt zu zahlen oder der Kasse zu erstatten.“

Die Wegegebührenrechnung des letzten Quartals 1930 war enorm hoch, und muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß, wenn keine Gefahr besteht, in allen Fällen der Arzt unbedingt in der Sprechstunde einzuführen ist. Wenn Sie den Arzt in Ihre Wohnung kommen lassen, ohne daß dazu wirklicher Grund vorhanden ist —

was die Kassenverwaltung in Zukunft prüfen wird —, so haben Sie nicht 50 Prozent der entstehenden Wegegebühren, sondern den vollen Betrag zu tragen, da die Kasse keine Ursache hat, unnütze Ausgaben zu machen.

Die Wegegebühren, die bei einem Besuch in Saumburg entstehen können, betragen bis 12 Mk. für jeden Besuch; also es könnte sehr gut möglich sein, daß Sie mindestens 6 Mk., unter Umständen sogar 12 Mk., für Wegegebühren an die Kasse zu erstatten hätten. Die Kasse wird diesen Anteil an den Wegegebühren in Zukunft ausnahmslos von den Barleistungen in Abzug bringen, bzw. durch den Arbeitgeber vom verdienten Lohn einbehalten lassen zugunsten der Krankenkasse. Es liegt also unbedingt in Ihrem Interesse, dieser Angelegenheit die vollste Aufmerksamkeit zu widmen, wenn Sie sich Ärger und unnütze Ausgaben ersparen wollen.“

Dieser Anschlag der Betriebskasse bzw. Krankenkasse spricht Bände. Es dokumentiert vollständiges Sklaventum. Doch, das ist der erbärmlichste aller Sklaven, der niemals spürt den Druck der Fesse! — Stahlhelmgeist und Nazidunst umnebeln die Köpfe der Rheinania-Arbeiter. Sie werden die Sklavenecken erst dann nicht mehr spüren, wenn sie erkannt haben, daß mit freigewerkschaftlicher Macht Menschentum erstritten werden kann.

Wiesbaden-Wiebrich. Der alte Kampfgeist ist nicht tot. Er lebt und pulsiert kräftig. Das bewies die am Sonntag, 8. März 1931, abgehaltene Generalversammlung unserer Zahlstelle. Zahlreich waren die Kollegen dem Rufe gefolgt, um den Bericht unseres Geschäftsführers, Kollegen Reich, entgegenzunehmen. Wir hatten von 1918 bis 1929 ein Beschäftigungsverhältnis, das als lieblich auf zu bezeichnen war. Im Jahre 1930 wurde die Lage immer schlechter, da die anfängliche Großindustrie zu Entlassungen und Kurzarbeit überging. Die Zementfabrik Doherkhoff & Söhne, die als leistungsfähigste in ganz Deutschland gilt, ging wegen Entlassungen zur Kurzarbeit über. Sie trat am 1. Januar aus dem Chemie-Arbeiterverband aus und gründete eine Werkzeitleitung (!). Der J.-B.-Betriebe Halle & Co. war das ganze Jahr bis vor kurzem auf beschäftigt. Jetzt ist dort, um Entlassungen zu vermeiden, die Vierzigstundenwoche eingeführt. Die Kunstseidenindustrie liegt daneben. Die sonstige in Wiebrich anfängliche chemische Mittelindustrie war verhältnismäßig befriedigend beschäftigt. Trotz der Krise hat sich unsere Zahlstelle weiter aufwärts entwickelt. Es gelang, die Mitgliederzahl bis zum Jahresabschluß auf 1464 zu steigern. Alle in dem neu aufgebauten Funktionskörper tätigen Kollegen arbeiten im Verein mit dem Kollegen Reich durchaus harmonisch im Interesse der Organisation. Alle Anordnungen seitens des „Roten Beobachters“ wurden scharf zurückgewiesen. Nach dem Kartellbericht des Kollegen von Werber wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Es wurden gewählt: Martin Hörner 1., Peter Meurer 2. Vorsitzender, Georg Heuser, Schriftführer. Auch die übrigen Wahlen ergaben Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Mit einem Appell an die Mitglieder, als aktive Gewerkschaftler zu wirken, schloß Kollege Hörner die von gutem Kampfgeist getragene Generalversammlung. Martin Hörner, 1. Vorsitzender.

**Rundschau.**

**Der bluttriefende Nationalsozialismus.**

Kein Tag vergeht ohne eine neue Bluttat der Nationalsozialisten. Am 15. März starb in Berlin der Lehrling Nathan, erschossen von den Hakenkreuzern, am 16. März schießt ein nationalsozialistischer Polizist den Regierungsrat Lassally nieder; am 17. März erschossen drei Nationalsozialisten in Hamburg den kommunistischen Funktionär Henning. Das ist die blutige Ernte aus der blutigen Saat Hitlers, als er von Köpferrollen sprach, „streng legal“ natürlich. Immer mehr enthüllt sich die scheußliche Mördertruppe der Partei, deren Name schon eine dreifache Lüge ist. Daß die Naziführer die Morde, die ihre verbrecherischen Gesellen verüben, mit satanischer Freude registrieren und begrüßen, geht ganz eindeutig aus der Erklärung Hitlers hervor, daß er die Verteidigungskosten für die Hamburger Mörder „aus eigenem“ zahlen werde.

Wie lange muß sich die organisierte Arbeiterschaft noch den blutigen Terror der Nationalsozialisten gefallen lassen? Und was soll man dazu sagen, daß die KPD. jede Schandtat der Nazis zu einer wilden Heße gegen die Sozialdemokratische Partei ausbeutet?

**Verbandsnachrichten.**

**Ausgeschlossen**

wurden gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Halle: Max Kühn, Mitgl.-Nr. S II 833 693, Hamburg: Karl Ell, Mitgl.-Nr. S II 235 293, Wilhelm Freund, Mitgl.-Nr. S II 585 997, Sjalmar Böse, Mitgl.-Nr. 1 124 845, Glogau: Fritz Laube, Mitgl.-Nr. 1 020 780; gemäß § 14 Ziffer 3a und c in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Bernburg: Rudolf Jehl, Mitgl.-Nr. 839 100; gemäß § 14 Ziffer 3d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Breslau: Reinhold Gantner, Mitgl.-Nr. 878 020.

**Literarisches.**

„Madame Synch.“ In den Tropen wird nicht nur schneller und intensiver gelebt, auch die Erfindungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens fließen heftiger aufeinander. Wer das nicht weiß, könnte die Ereignisse, die dem jetzt bei der Schöngartener Entenber, Berlin, erschienenen Roman „Madame Synch“ von Herbert Felder im Lenin Preis 3 Mk. zugrunde liegen, als möglich übertrieben ansehen. Der Autor legt aber in einem Vorwort, daß er nie übertrieben hat, und daß er im Gegenteil manche Tatsachen nur mit Einschränkungen wiedergibt. — Der von H. E. Dreßler illustrierte Roman ist kein Buch für „Schwachsöpfe“, aber er ist ein wichtiges und aufreizendes Buch, ein Buch gegen die Diktatur, gegen den Krieg, gegen den Kapitalismus, die von der Sonne des Quatros in ihrer ganzen Schenbarkeit ausstrahlt werden.

Das letzte Buch des Hakenkreuzes. Eine Sammlung von Humoresken und Grotesken, angeordnet von Victor Wolfson. 1931. Einbandkarton und Zynographie. 76 Zeichnungen, München. 236 Seiten. Göttingen. Verlag: Der Bücherkreis, G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 Mk. Das Buch enthält etwa 50 Beiträge. In der Sammlung kommen nur der Gegenwart angehörende Autoren zu Worte. u. a. H. Wagnitz, K. Ellinger, E. Grottel, C. Hoferichter, Erich Bauer (mit hübschen Zeichn.), K. Kündt, Hans Reimann, Rada Rada, Peter Gehr, Eudwig, der Druckscheiter, Hans Dohr, der Amerikaner, Beare Halbrot, der Italiener Henry Casan, die Russen, H. Goltzschewko und Panzefleuma Romanow usw. Es empfiehlt sich besonders noch dadurch, daß sich eigentlich alles aus ihm ausgelesen und gelesen eignet.

Ein Vorwort: Weiterentwickeln der Revolution. Remotoren einer russischen Sozialisten. 2. Auflage. 11. bis 16. Landend. 1931. 256 Seiten. Göttingen. Verlag: Der Bücherkreis, G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 Mk. Dieser oder etwa neunzig Remotoren, wohl das beste Erinnerungsbuch einer russischen Sozialistin neben Vera Figner's „Rucht der Revolution“. Er schreibt weiter: „Trotz dieses Buchs verstanden werden für das unerklärliche Wirken einer russischen Sozialistin, die in schwierigen Verhältnissen für die Ideen des demokratischen Sozialismus kämpfte.“ Die Verfasserin, eine Genossin, weiß sie Remotoren war wichtig in Rußland eine wesentliche Organisationskraft, weil sie Remotoren war und gab ihnen die Idee der Revolution, weil sie Lebensrecht einer Kämpferin. Ihr andauerndes Selbstverleugern ihre heilige Hingabe an die Idee der Revolution“ sollen aus Beispiel und Appell sein.

Die Vergeßlichkeit in der Natur von Professor Dr. J. Schayel. Kautsk-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. 217 36 Abbildungen. Preis 1,50 Mk. In Göttingen 2 Mk. Vorige Ausgabe 2,75 Mk. Nach einem Überblick über die gegenwärtigen Beziehungen der Lebenswelt, ihrem Kampf gegenwärtiger und ihre gegenseitige Hilfe werden die Verfassungen, Grundriss und Fortschritt der Vergeßlichkeit einer gesamten Untersuchung unterzogen. Jene Vergeßlichkeit ist ein wesentlicher Bestandteil in ihrem Werden und ihrer Zukunft, ihre Naturwissenschaftlichkeit und ihrer Weiterentwicklung dargestellt.

## Chemische Industrie

### Konferenz der Chemie- und Gummiarbeiter der Gane II und VIII.

Am 15. d. M. fand in Halle eine Konferenz der Chemie- und Gummiarbeiter der Gane II und VIII statt, die von 157 Delegierten besucht war. Beim ersten Punkt der Tagesordnung: „Wirtschaftslage der Chemischen Industrie Deutschlands“ schilderte der Kollege Haupt (Hannover) kurz die Entwicklung der chemischen Industrie. Im weiteren Verlauf der Ausführungen wies er den überragenden Einfluss der I.-G. Farben auf die Produktion und den Absatz der chemischen Industrie nach. Er kam zu der Feststellung, daß von einer Krise der chemischen Industrie in Deutschland keine Rede sein könne.

Beim zweiten Punkt: „Stellungnahme zum Lohnvertrag“ knüpfte Kollege Schneider an die Ausführungen Haupt's an. Die Arbeitgeber der chemischen Industrie, Sektion Vb, haben den Lohnvertrag gekündigt. Sie fordern eine Reduzierung der Löhne um 10 bis 12 Prozent in den einzelnen Lohnklassen. Der Bezirk Mitteldeutschland hat sich immer mehr zum Zentrum der chemischen Industrie entwickelt. Auch hier ist der Einfluss der I.-G. Farben überragend. Das ist auch bei früheren Verhandlungen recht oft zum Ausdruck gekommen. Die Begründung für ihre Forderung auf Lohnabbau dürfte den Unternehmern sehr schwerfallen. Mit zu hohen Produktionskosten, mit den hohen Steuern und Soziallasten und der Senkung der Lebensmittelpreise kann diese Industrie, der es nach dem Ausdruck ihres prominenten Vertreters, Geheimrats Bosh, gut, im Vergleich zu anderen Industrien glänzend geht, nicht operieren. Schneider kam am Schlusse seiner Ausführungen zu dem Ergebnis, daß die beabsichtigte Lohnreduzierung unberechtigt und unbegründet ist.

In der Aussprache kam die völlige Übereinstimmung der Delegierten mit den Ausführungen der beiden Referenten zum Ausdruck. Sie fand ihren Niederschlag in folgender gegen wenige Stimmen angenommenen Entscheidung:

„Die am 15. März 1931 in Halle tagende Konferenz der freigewerkschaftlichen Funktionäre der chemischen und Gummiindustrie Mitteldeutschlands lehnt die Forderung der Unternehmer der chemischen Industrie, Sektion Vb, auf Lohnabbau ab.“

Der geforderte Lohnabbau ist wirtschaftlich ungerechtfertigt, er ist darüber hinaus für die Chemiearbeiter eine untragbare Zumutung.

Die Funktionäre fordern die gesamte Arbeiterschaft der chemischen und Gummiindustrie auf, sich einheitlich und geschlossen hinter die freien Gewerkschaften zu stellen, sich in den freien Gewerkschaften zu organisieren, um so die Kräfte zu schaffen, um den von den Unternehmern geforderten Lohnabbau wirksam abzuwehren zu können.

## Nahrungsmittel-Industrie

### Geschäftsabschlüsse aus der Zuckerindustrie.

I.

Für eine Anzahl Aktiengesellschaften aus der Zuckerindustrie liegen die Geschäftsabschlüsse für das Jahr 1929/30 vor, die wir einer kurzen Betrachtung unterziehen wollen. Die Firma Fr. Meyers Sohn, AG., Langermünde, zu der die Zucker-Raffinerie Langermünde, eine Schokoladenfabrik und eine Konservenfabrik gehörten, sagt in der Einleitung zu ihrem Geschäftsbericht folgendes:

„Der Beschäftigungsgrad unserer Abteilung Zucker-Raffinerie hat sich im verfloffenen Betriebsjahre nicht wesentlich geändert. Das Gesamtergebnis wurde beeinflusst durch die im März 1930 eingetretene Verabstufung des Höchstpreises um 1 Mk. für den Doppelzentner Verbrauchszucker und durch den schleppenden Absatz, der im Zusammenhang steht mit einer Verminderung des Verbrauchs um etwa 3 Prozent.“

Es wird dann weiter gesagt, man hoffe, daß der scharfe Wettbewerb der Verbrauchszuckerfabriken durch die Vereinigung für Verbrauchszuckervertellung eine Minderung erfahren werde.

Ferner geht aus dem Bericht hervor, daß die Raffinerie Langermünde mit einer Anzahl Rohzuckerfabriken Werklohnverträge abgeschlossen hat, die der Raffinerie in Zukunft eine bessere Beschäftigung gewährleisten sollen. Das erfordert einen Ausbau der Lagerräume. Die Raffinerie hat jetzt Lagerräume für eine Million Doppelzentner Rohzucker. Die Schokoladenfabrik war im letzten Jahre gut beschäftigt. Bezüglich der Konservenfabrik sagt der Bericht folgendes:

„Das Ergebnis unserer Abteilung Konservenfabrik ist weniger befriedigend gewesen, was sich mit der ganz allgemein in der deutschen Obstkonservenindustrie bestehenden ungenügenden Beschäftigung sowie mit dem außerordentlich gedrückten Preisniveau erklärt.“

Die Jahresbilanz der Firma schließt mit 32 171 377,97 Mark ab. Bei einem Aktienkapital von 11 600 000 Mk. wurde ein Reingewinn von 718 279 Mk. erzielt. Einschließlich eines Gewinnvortrages aus dem Vorjahre (205 674,95 Mark) ergibt sich ein Gewinn von 923 954,77 Mk. Aus dem erzielten Gewinn werden 6 Prozent Dividende verteilt und der Rest von 207 780,77 Mk. wird auf neue Rechnung vorgetragen. Der Aufsichtsrat erhält eine Entschädigung von 20 174 Mk. Die sonstigen Bilanzposten ergeben, daß die Firma gut fundiert ist.

Die Zucker-Raffinerie, AG., Genthin, zu der die Zuckerfabriken Badersleben, Kalbe, Frankenstein, Georgendorf und Oschersleben gehören, sagt in ihrem Bericht, daß die Verwertung des erzeugten Zuckers infolge der Verhältnisse auf dem Zuckermarkt stark beeinträchtigt wurde. Es wird auf den Rückgang der Weltmarktpreise für Zucker verwiesen, die sich dahingehend ausgewirkt haben, daß auch die Inlandspreise sich nicht auf der von der Regierung bewilligten Höhe halten konnten. Die Fabrikbetriebe brachten einen Reingewinn von 181 126 Mk. Die Landwirtschaft brachte dem Unternehmen einen Verlust von 170 886,76 Mk., so daß der Reingewinn nur etwas über 10 000 Mk. betrug.

Die Zuckerfabrik Alfelde, AG., verarbeitete im Jahre 1929/30 770 815 Zentner Rüben zu Weißzucker. Bei einem Aktienkapital von 600 000 Mk. wurde ein Reingewinn von 46 320,58 Mk. erzielt. Aber die Verteilung des Reingewinns geht aus der Veröffentlichung nichts Näheres hervor. Berechnet auf das Aktienkapital beträgt der Reingewinn 7,7 Prozent. Im vorhergehenden Jahre erzielte diese Firma einen Reingewinn in fast der gleichen Höhe. Die Firma verfügt über eine Rücklage von 120 000 Mk. und über einen

Erneuerungsfonds von 50 000 Mk., sie ist also auch sonst gut fundiert.

Die Zuckerfabrik Alfauer verarbeitete in der Kampagne 1929/30 1 202 857 Zentner Rüben. Im Gegensatz zu Genthin berichtet dieses Unternehmen, daß bei der Landwirtschaft ein Überschuf von 74 620,11 Mk. erzielt wurde. Es müssen also bei Genthin besondere Verhältnisse bei dem Verlust in der Landwirtschaft mitgewirkt haben. Nach Vornahme von Abschreibungen, deren Höhe nicht angegeben ist, erzielte diese Firma bei einem Aktienkapital von 2,4 Millionen Mark einen Überschuf von 314 889 Mk. Es wird eine Dividende von 10 Prozent verteilt, 13 979 Mk. werden als Rücklage abgeschrieben, der Aufsichtsrat erhält eine Entschädigung von 11 528 Mk., und 49 389 Mk. werden auf neue Rechnung vorgetragen. Daß die Firma auch sonst gut fundiert ist, geht daraus hervor, daß sie ein Grundstück in Gramschütz mit 1 Mk. verbucht hat.

Die Zuckerfabrik Brühl, AG., verarbeitete 1929/30 985 991 Doppelzentner Rüben. Bei einem Aktienkapital von 1 680 000 Mk. wurde ein Gewinn von 230 282,46 Mk. erzielt. Es wurde eine Dividende von 5 Prozent verteilt. Dazu eine Superdividende, sowohl auf Aktienkapital wie auch auf Rückgeld von 3 1/2 Prozent. Die gesamte Gewinnverteilung betrug 197 764 Mk., auf das Aktienkapital umgerechnet beträgt das 11,7 Prozent. Aus diesem Abschluß ist ersichtlich, daß es nicht nur auf die Dividendenverteilung ankommt, sondern auch auf die Rückvergütung, die der Landwirt für seine Rüben erhält. Die eigentliche Dividende beträgt nur 8 1/2 Prozent, einschließlich Rückvergütung aber beträgt sie 11,7 Prozent.

Die Zuckerfabrik Marienstuhl weist nach Abschreibungen in Höhe von 50 589,50 Mk. einen Reingewinn von 56 977 Mark aus. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 450 000 Mk. Aber die Verteilung des Reingewinns und dergleichen ist aus der Veröffentlichung nichts ersichtlich. Rechnen wir den Reingewinn auf das Aktienkapital um, dann ergibt sich nach einer Abschreibung von über 10 Prozent des Aktienkapitals außerdem ein Reingewinn von 12,5 Prozent. Näheres darüber, wie die Gesellschaft sonst fundiert ist, geht aus der Veröffentlichung nicht hervor.

Die Aktienzuckerfabrik Friedland in Mecklenburg verarbeitete im Jahre 1929/30 808 444 Zentner Rüben. Bei einer Einnahme von 1 887 940,71 Mk. und einer Ausgabe einschließlich Abschreibungen von 1 845 086,98 Mk. wurde ein Reingewinn von 42 853,75 Mk. erzielt. Das Aktienkapital beträgt 500 000 Mk. Es wurde eine Dividende von 3 7/8 Prozent verteilt, 15 656,85 Mk. werden auf Rücklage abgeschrieben, 3000 Mk. werden zum Unterstufungsfonds verwandt. Die Firma verfügt über eine Rücklage von 61 110 Mk., die sonstigen Zahlen zeigen, daß die Grundlage der Firma gut ist.

Die Zuckerfabrikanten haben namentlich im vorigen Jahre sehr darüber geklagt, daß es der Industrie schlecht geht. Sehen wir uns die vorstehenden Abschlüsse an, dann hat es bei einigen Firmen den Anschein, daß es ihnen nicht besonders gut geht. Das große Unternehmen Genthin hat fast ohne Gewinn abgeschlossen. Das hat aber für dieses Unternehmen eine besondere Bewandnis, auf die wir hier nicht näher eingehen wollen. Es ist bei diesem Unternehmen früher nicht immer so gewirtschaftet worden, wie es hätte sein müssen. Die anderen Abschlüsse von zum Teil recht kleinen Fabriken zeigen uns aber, daß auch in der Zuckerindustrie durchaus nicht die Not herrscht, wie sie von den Arbeitgebern immer vorgeschätzt wird. Solange noch Gewinne von 10 und 11 Prozent erzielt werden, kann man von einer besonderen Notlage nicht reden. In einem zweiten Artikel werden wir die Abschlüsse einer Anzahl weiterer Zuckerfabriken bringen.

## Verschiedene Industrien

### Die Kunstblumenindustrie im Jahre 1930.

Die Kunstblumenindustrie zergliedert sich in zwei große Produktionsgruppen, und zwar in die Herstellung künstlicher Blumen, Blätter, Palmen usw. aus Gespinnstwaren und in die Herstellung von Kunstblumen aus Papier. Neben diesen beiden Hauptgruppen werden selbstverständlich auch noch Kunstblumen aus Pappe, Zelluloid, Metall, Wolle und Papiermache hergestellt. Die Produktion nach der Richtung hin ist aber noch verhältnismäßig klein und kommt bei der Beurteilung über „die Kunstblumenindustrie im Jahre 1930“ nicht in Frage.

Die Produktionsgruppe künstlicher Blumen, Blätter, Palmen usw. aus Gespinnstwaren zeigte 1929 schon eine Abwärtsentwicklung, die sich 1930 fortsetzte. Die Ausfuhr ist fast um die Hälfte zurückgegangen. Folgende Zusammenstellung gibt hierüber Aufschluß.

### Außenhandel der Kunstblumen aus Gespinnstwaren.

Jahr	Einfuhr:			Ausfuhr:		
	Mengen in dz	Wert in 1000 Mk.	Durchschnittswert pro dz	Mengen in dz	Wert in 1000 Mk.	Durchschnittswert pro dz
1913	71	100	532	100	7 492	7369
1925	13	18	199	37	15 307	3879
1926	12	17	138	26	11 500	4132
1927	19,18	27	196	37	10 218	4742
1928	27,40	38	287	54	10 474	5059
1929	12,74	18	162	30	12 715	2941
1930	8,30	11	119	22	14 337	1775

Hat die Kunstblumenindustrie 1930 gegenüber 1929 fast die Hälfte ihres Absatzes verloren, so fällt ein Vergleich 1930 mit 1913 so aus, daß mengenmäßig nur noch 24 Prozent der Ausfuhr von 1913 erreicht worden sind, wertmäßig hingegen betrug die Ausfuhr 1930 40 Prozent der Ausfuhr 1913. Der Absatz im Inlande hat einen ähnlichen Verlauf genommen. Es herrschte im Berichtsjahre Kaufzurückhaltung,

die sich im Herbst bis zum Schlusse des Jahres sogar steigerte durch die in Aussicht gestellte Preisenkungsaktion.

Die Puhbranche hatte im Frühjahr Hoffnung auf eine gute Entwicklung der Sommer- und Herbstsaison. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Es gibt kaum eine Industrie, in der sich die Wirtschaftskrise so scharf ausgewirkt hat wie in der Kunstblumenindustrie. Die obige Zusammenstellung bekräftigt diese Auffassung.

Die Lage am Arbeitsmarkt war gegenüber dem Vorjahre bedeutend ungünstiger. Im Hauptproduktionsbezirk für Kunstblumenindustrie, Sebnitz, waren im Berichtsjahre dauernd hohe Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Ähnlich lagen die Verhältnisse in den Kunstblumengebieten im übrigen Reich, soweit sie für Hut- und Kleidblumen in Frage kommen. Im ersten Vierteljahr hatten die Hersteller von Modeblumen unter dem Einfluß der Pariser Mode gut zu tun. Es wurden aus dem Auslande beachtliche Aufträge hereingenommen. Schon im zweiten Quartal trat aber eine Änderung ein. Der Geschäftsgang in der Modeblumenherstellung wurde schleppend. Das änderte sich auch im dritten Vierteljahr nicht. Das vierte Quartal brachte sogar in der Beschäftigung noch eine Verschlechterung.

Aus Kreisen der Kunstblumenindustrie der Reichsregierung der Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre Preisabbauaktion zur Verschärfung des Absatzrückganges beigetragen habe, da in der Käuferschaft größtenteils ganz falsche Hoffnungen über das mögliche Ausmaß der Preisenkung erweckt wurden, die auf die Kaufkraft lähmend wirkten.

Die Produktionsgruppe „Künstliche Papierblumen“ hatte zwar auch unter den wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden, jedoch nicht in dem Ausmaße wie ihre Schwester-Produktionsgruppe, die Kunstblumen aus Gespinnstwaren herstellt. Die Ausfuhr ist 1930 im Vergleich zu 1929 mengenmäßig um 2260 Doppelzentner im Werte von 1 489 000 Mk. zurückgegangen. Aber die Entwicklung des Außenhandels mit Wachs- und Kranzblumen und Kunstblumen aus Papier gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluß. Zu bemerken ist, daß in den Außenhandelszahlen für Kunstblumen aus Papier, insbesondere die Einfuhr, ausschließlich aus transparentem Viskosepapier besteht. Die Ausfuhr hingegen besteht ausschließlich aus Papierblumen, und zwar aus solchen, die für Saaldekoration und dergleichen Verwendung finden, wie Papiergirlanden und ähnliche Artikel.

### Kunstblumen aus Papier.

Jahr	Einfuhr:			Ausfuhr:		
	Mengen in dz	Wert in 1000 Mk.	Durchschnittswert pro dz	Mengen in dz	Wert in 1000 Mk.	Durchschnittswert pro dz
1913	129	—	26	—	200	20 494
1925	350	100	70	100	200	2 129
1926	155	44	63	90	406	8 400
1927	36	10	22	31	611	11 505
1928	122	34	103	154	885	15 577
1929	482	137	399	570	827	19 712
1930	416	118	294	420	706	17 452

Bei dieser Zusammenstellung ist berücksichtigt, daß 1918 unter der Position 670d: Lampenschirme, Laternen, andere feine Waren und Luxusgegenstände und Blumen verzeichnet waren, wogegen in den letzten Jahren unter 670d nur Blumen, transparentes Viskosepapier und Waren daraus aufgeführt sind. Zur Errechnung der Verhältniszahl ist deshalb 1925 zugrunde gelegt.

Die Zusammenstellung zeigt eine enorme Entwicklung der Papierkunstblumen-Produktionsgruppe. Die Einfuhr hat sich der Menge nach seit 1925 nur um 18 Prozent, dem Werte nach aber um 320 Prozent erhöht; die Ausfuhr der Menge nach um 719 Prozent und dem Werte nach um 675 Prozent. Der Doppelzentnerdurchschnittswert in der Einfuhr ist von 1925 an von 200 auf 706 Mk. gestiegen; in der Ausfuhr von 682 Mk. auf 644 Mk. gesunken. Die Zahlen der letzten Jahre bringen die Rationalisierung in der Papierblumen-Produktionsgruppe zum Ausdruck. Durch Einführung von Maschinen konnten die Verkaufspreise gesenkt werden.

Die Beschäftigung in der Papierblumen-Produktionsgruppe war im ersten Quartal 1930 mangelhaft. Die warme Witterung hatte zur Folge, daß das Angebot von Naturblumen für Kranzwecke wesentlich höher war als zur selben Zeit der vorhergehenden Jahre. Im zweiten Quartal hat sich der Absatz von Papierblumen gehoben. Das dritte Quartal hatte teilweise gute Beschäftigung zu verzeichnen. Im letzten Quartal war die Kranzblumenindustrie gut beschäftigt. Ende des Quartals ließ die Beschäftigungsmöglichkeit wieder nach. Stilllegungen wurden vorgenommen, außerdem arbeiteten die einflussreichsten Betriebe verkürzt, so in Oberhain, Zwickau und Dresden. Auch in Waldbörn und Harzgerode lagen die Verhältnisse ähnlich. Ebersbach, Baugen und das Sebnitz-Rienstädter Gebiet, soweit Papierblumen hergestellt werden, hatten unter denselben Begleiterscheinungen zu leiden wie aus anderen Bezirken festgestellt.

Die 1929 eingeleitete Aktion gegen das Feilhalten von Kranzen usw. mit künstlichen Blumen auf den Wochenmärkten und an Friedhöfen hat nicht überall durchgeschlagen. Der Verkauf von Papierblumen konnte durch diese Aktion im Berichtsjahre nur wenig zurückgedrängt werden. Die Produktionsenkung ist in der Hauptsache auf das Konto der schlechten Wirtschaftslage zu setzen.

Im Berichtsjahre war auch zu verzeichnen, daß durch die herrschende Erwerbslosigkeit eine Reihe Kleinbetriebe aufgemacht wurden, die ihre Produktion unmittelbar an die Gärtnereien und Blumen- und Kranzbindereigeschäfte absetzten. Die Wirkungen solcher Neugründungen sind Preisunterbietung und Lohndruck.

Die ausländische Kunstblumenindustrie hat mit wenigen Ausnahmen mit denselben Krisenerscheinungen zu rechnen wie die deutsche. Alle Berichte aus dem Auslande deuten auf Senkung der Produktion hin.

S. Eiflein

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Gerichtstermin.

Von Alois Wohlmutz.

In der Strafvorhandlung stehen heute zwei Fälle voller Wichtigkeit: Ein Mäuschen hatte nach und nach vom Vorratsspeicher unterm Dach Stroh dr. sig Körnlein Korn genußt. „Einbruch und schwerer Diebstahl“ braunt Der Staatsanwalt — „und da das Vieh Rückfällig und geständig ist: Zwei Jahre schwere Mausefalle!“ — „Es war so bitter kalt: Im Stalle, Im Hof, im Felde“ — sprach das Tier — „Nichts, nichts zu finden; ahntet ihr, Wie Hunger quält — o laßt mich aus!“ — „Umsonst! Der Spruch heißt: Arbeitshaus!“ — Der zweite Fall: Die kleine Dame Von Elster (in dem Moniteur Stand nur ein Stern und nicht ihr Name), Die hatte diesmal noch viel mehr Als sonst gefohlen: Silberband, Goldketten, Ringe, Uhren fand Bei ihr versteckt man säckeweis ... Meint ihr, das tat was gegen sie? Nein, der Herr Anwalt führt Beweis — Man spricht sie frei: Kleptomane!

## Das Taschenmesser.

Von Jo Hanns Kößler.

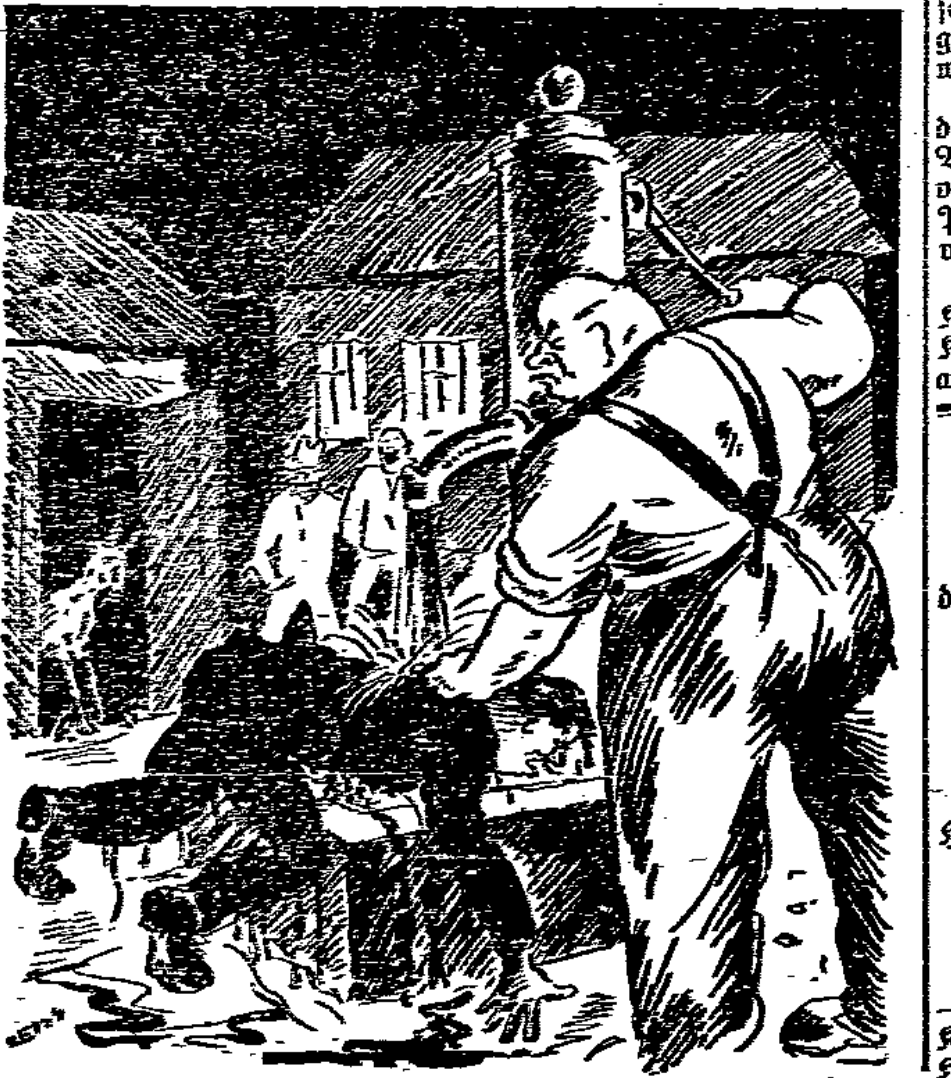
Der Angeklagte wurde hereingeführt. Die Urruhe der Zuschauer stieg. Alle starrten zu ihm hinüber. Endlich erschlen der Gerichtshof. „Wir nehmen die Verhandlung wieder auf“, erklärte der Vorsitzende. „Angeklagter, Sie verweigern nach wie vor jede Aussage?“ Der Angeklagte nickte. „Dann erteile ich dem Herrn Staatsanwalt das Wort.“ Der Staatsanwalt erhob sich: „Meine Herren Geschworenen! Wohl selten lag ein Fall so klar vor Ihren Augen wie heute. Ein Mann ist ermordet worden. In einem einsamen Gasthof. Außer dem Wirt und dem Angeklagten war niemand im Hause. Der Wirt hat sein Alibi nachgesehen. Neben dem Ermordeten wohnte als einziger Gast der Angeklagte. Am Tatort fand man ein blutiges Taschenmesser, mit dem die Tat verübt war. Das Messer ist ein seltsames Taschenmesser mit drei Klängen, wie man es hierzulande nicht oft findet. Das Verhörverfahren hat ergeben, daß der Angeklagte, kurz vor der Tat ein solches Messer besaß. Nach dem Verbleib des Messers befragt, erklärte der Angeklagte: „Ich habe es verloren.“ Aber alles Weitere verweigert er die Aussage. Meine Herren Geschworenen! Das Messer ist das schwerste Indiz unserer Anklage. Mit dem Messer ist der Mord verübt worden. Wer das Messer hatte; war der Täter. Es ist bewiesen, daß der Angeklagte dieses Messer besaß, und so besteht wohl kein Zweifel an der Schuld des Angeklagten. Ich bitte die Herren Geschworenen, auf schuldig des gemeinen Mordes zu erkennen.“ Der Staatsanwalt hatte geendet. Der Vorsitzende machte sich einige Notizen. Dann sagte er: „Der Herr Verteidiger hat das Wort.“ Der Verteidiger trat in die Mitte des Saales. „Meine Herren Geschworenen! Hohes Gericht! Auf wie schwachen Beinen steht doch die Anklage des hochverehrten Herrn Staatsanwaltes. Wer das Messer hatte, ist der Mörder! Weil der Angeklagte ein Messer trug, wie es zufälligerweise der Herr Staatsanwalt nicht oft gesehen hat, ist er ein Mörder. Weil er es unglücklicherweise verloren hat, ist er überführt! Wer von Ihnen, meine Herren Geschworenen, hat noch niemals im Leben sein Taschenmesser verloren? Hätten Sie dann angeben können, wo Sie es verloren haben? Und die Art des Taschenmessers soll beweisenfährig sein? Ich selbst, meine Herren — und ich habe mir beweisfährigen Beweis bis zum Schluß aufbewahrt — trage ein solches Messer. Hier ist es. Es ist genau dasselbe, wie das am Tatort gefundene. Bin ich etwa deswegen ein Mörder? Aber nicht genug damit, diese Art des Messers ist sehr verbreitet in unserem Lande, ich bin überzeugt, daß auch im Zuschauertraum Männer sitzen, die ein solches Messer besitzen. Ist es nicht so, meine Herren?“ Der Verteidiger hatte sich zu der überfüllten Tribüne gedreht. Der Staatsanwalt sprang auf: „Ich protestiere gegen diese Art der Verteidigung!“ Der Verteidiger sprach schon wieder zu den Geschworenen: „Sie sehen, drei Herren dort hinten haben ihre Taschenmesser in die Höhe gehoben! Es sind genau dieselben Messer, wie der Angeklagte einmal eins besaß.“ „Ich protestiere gegen derartige Theatertänze der Verteidigung“, rief der Staatsanwalt wütend. „Und wenn es gestellte Tatsachen der Verteidigung wären, Herr Staatsanwalt“, rief der Verteidiger, „würde es nicht gerade wieder beweisen, daß es mir gelungen wäre, eine größere Anzahl dieser Messer in unserer kleinen Stadt aufzutreiben, und daß also dieses Messer verbreiteter ist, als der Staatsanwalt glaubt. Nein, hochverehrter Herr Staatsanwalt, das Messer ist kein Beweis für die Schuld meines Mandanten. Gewiß mit diesem Messer wurde der Mord ausgeführt, wer aber beweist, daß es dem Angeklagten gehörte? Wer so ein Messer hat, ist der Mörder! Das war Ihre Rede. Dann gibt es hundert Mörder allein in unserer Stadt. Und dieses offensichtlichste Jurem werden die Herren Geschworenen leicht erkennen und den jenseitigen belästigten Angeklagten — man fand bei ihm weder Beste noch weitere Beziehungen zu dem Ermordeten — ohne Bedenken einstimmig nichtschuldig sprechen.“ Die Geschworenen zogen sich zur Beratung zurück. Nach zehn Minuten verkündete der Chairman: „Die Geschworenen haben einstimmig und nach bestem Wissen und Gewissen erkannt: Der Angeklagte ist des Mordes nicht schuldig.“ Der Richter erhob sich: „Nach dem Spruch der Geschworenen wird der Angeklagte freigesprochen und ist sofort auf freien Fuß zu setzen.“ Die Ur- und Anklagebande wurde gelöst. Der Angeklagte trat heraus. „Wie schönlich Sie sind“, sagte der Richter, „worauf warten Sie noch?“ Da zeigte der Angeklagte auf den Richtersitz und sagte: „Kann ich jetzt — wo alles vorüber ist — mein Messer wiederbekommen?“

## Nero.

Dieses klassische Namen geben sie ihm, weil der Hund ihres Fabrikherrn auch so hieß. Er hatte auch wirklich viel Gemeinsameres mit ihm. Die gleichen Hungergrillen und hauptsächlich das gleiche leuchtende Wesen. Sollte der Hund Nero allerdings reden können, er hätte sich diesen Vergleich ganz bestimmt vorbehalten, denn falsch und hinterhältig war er nicht. Dagegen sein menschlicher Fabrikherr war in gewissermaßen hohem Grade. Außer den oben genannten Vorzügen hatte Nero II. auch einen kleinen Kopf in der Größe eines Fährhais, den sein Nebenkollege Schorsch in Verleumdung aller Art mit dem kühnen Ausdruck „Lippen“ bezeichnete.

So ein unangenehmer Zeitgenosse Nero II. auch in bezug auf kollegiales Verhalten, beim Fabrikherrn, Herrn Samuel, hatte er einen großen Stein im Brett. War er doch nicht nur ein vorzüglicher Berichterstatter über alle großen und kleinen Vorkommnisse innerhalb des Betriebes, sondern auch sein „bester“ Arbeiter. Er war mit dem Meister verwandt und bekam von diesem immer die beste Arbeit zugewiesen. Nero II. und der Meister waren Geschwisterkinder, wie sich Nero auszudrücken beliebte. Er gab dieses klassische Verwandtschaftsverhältnis bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zum besten. Der Erfinder des herrlichen Ausdrucks „Lippen“, nämlich obenbenannter Schorsch, bekam dann immer einen direkt lebensgefährlichen Hustenkrampf. Was hatten Schorsch und seine anderen Kollegen nicht schon alles versucht, um aus Nero einen anständigen und brauchbaren Mitarbeiter zu machen! Alles umsonst. Da jedoch seine Angeberei in der letzten Zeit die Grenze des Erträglichen überschritt, so beschloß man, Nero eine kleine, lehrreiche Lektion zu erteilen. Schorsch, als „Spiritus rector“ der Verschwörung, erhielt den ehrenvollen Auftrag, einen brauchbaren Feldzugsplan zu entwerfen. Da Nero auch geistige Bedürfnisse hatte und diese besonders durch Freibier und Zwetschgenknaps befriedigte, so benutzte Schorsch dies mit echtem Feldherrnblick als strategisches Motiv. So machte er sich denn daran, die diplomatischen Beziehungen aufzunehmen. Er tat es mit der Würde und Raffinesse eines großen Staatsmannes. Nach dem Vespern erwähnte er so ganz nebenbei, daß seine Schwester Zwillinge bekommen habe. Sein Schwager, der Herr Schneidermeister Hupferl, habe eine unbändige Freude gehabt und lade hiermit alle Kollegen seiner Schwagers Schorsch am Samstagabend im „Vieredigen Ochsen“ zu einer kleinen Festivität ein. Es könne jeder trinken und essen, was er wolle. Bei den letzten Worte hatte Nero die Ohren gespitzt wie ein altes Soldatenpferd beim Klang der Trompete. Nach der Mittagspause schlängelte er sich an Schorsch heran und fragte ihn, ob er auch kommen dürfe und ob jeder wirklich essen und trinken könne, was er wolle. Aber selbstverständlich sei auch er eingeladen, und wie gesagt, könne jeder trinken und essen, was er wolle! Der „Vieredige Ochse“ war ein ländliches Gasthaus und lag etwas außerhalb der Stadt. Der Wirt war in der ganzen Gegend als „Lämmelwirt“ berühmt. In diesem Gasthause sollte nun das Drama abrollen, in dem Nero zum Träger der Hauptrolle bestimmt war. Schorsch und seine Kollegen hatten sich schon lange vor der Zeit eingefunden. Auch Schneidermeister Hupferl war da und blinzelte zuweilen listig zu Schorsch hinüber. Alles befand sich schon in ausgelassener Stimmung, als auch Nero erschien. Er wurde mit lautem Hallo empfangen, und Schneidermeister Hupferl schüttelte ihm warm die Hand. Diese herzliche Begrüßung tat Nero sichtlich wohl, und bald war auch er in besserer Stimmung. Nachdem er bereits zwei Knödel, vier Bratwürste und eine Kalbszunge verzehrt und dazu sechs Maß Bier verschluckt hatte, erreichte die Stimmung den Höhepunkt. Schorsch ließ die Zwillinge und Nero hochleben, was bei den Anwesenden unverständlicherweise wahre Heiterkeitsstürme hervorrief. Nero aber derartig rührte, daß er den Schlucken Nero und ihm das Bier aus den Augen lief. Noch nie hatte sich Nero so glücklich gefühlt, und er schwamm in dieser angeheitert-glücklichen Stimmung wie der Goldfisch im Aquarium. Da erhob sich plötzlich an dem Tisch, an welchem Schorsch saß, ein heftiger Wortwechsel. Bei genauem Hinsehen hatte Nero bald heraus, daß sich der Streit erstauischsweise um ein Schwein drehte, von dem Schorsch mit jenatistischer Enargie behauptete, daß es mindestens drei Zentner wiege. Alle anderen behaupteten jedoch ebenso energig, es wiege höchstens zwei. Da wandte der bedrängte Schorsch plötzlich an den aufmerksam zuhörenden Nero und bat um sein Urteil. Die Sache sei so. Hinken im Hofe stehe ein Stall, und in diesem Stall sei ein Schwein, das nach seiner Auffassung mindestens drei Zentner wiege. Der Wirt, der Karl und der Jackl, diese Zweifel, behaupten jedoch, es wiege höchstens zwei. Nero, der doch vom Lande und deshalb Fachmann sei, solle sich die Sau betrachten und sein Urteil abgeben. Nero, durch das Angebot des Schiedsrichters amüsiert, erhob sich, und mit etwas unsicheren Schritten begab er sich nach dem Hofe, begleitet von Schorsch und seinen Widerpartnern. Kaum hatte Nero mit sachkundiger Hand den Riegel des Stalles zurückgeschoben, als er urplötzlich einen mächtigen Erriß auf jenen Körperteil bekam, der den Rücken abschließt. Der Riegel flog zu und Schorsch und seine Widerpartner verschwanden mit affenartiger Geschwindigkeit. Im Stalle aber erhob sich nun ein großes Wehgeschrei, das sich allmählich zum Gebrüll steigerte, um sich dann in ein jämmerliches Wähelein zu verwandeln.

Herbeigerufen durch das Geschrei fanden die erkrankten Gäste am den Stall und machten verwunderte Gesichter, die jedoch einigen nicht recht gelingen wollten. Schorsch und seine Widerpartner waren nicht dabei. Da wachte mit aufgeschreckten Armen und wuchtigen Schritten der Lämmelwirt. Mit einer Handbewegung schob er einige der im Wege stehenden auf die Seite. Krächzend flog der Riegel zurück und die maffige Gestalt des Lämmelwirts verschwand im Stall. Plötzlich erschien er wieder. In der mächtigen Faust trug er Nero wie eine Kasse im Genick. Nero sah erbarungslos an. Sein Gesicht wirkte in allen Regungen jenseitig. Woller Dreh, den Anzug zerren, und sinkend wie ein Teufel, so stand er vor dem zerschmetterten Wirt. Während fuhr dieser ihn an, was er im Geistesfalle verloren habe. Nero drückte und schluckte, doch die temperamentsvolle, wenn auch völlig unmodifizierte Behandlung durch den in seiner Ruhe gestörten Wehbock hatte ihm die Sprache ver-



schlagen. Der Lämmelwirt, erbost, weil er keine Antwort bekam, packte ihn abermals beim Genick, schleifte ihn unter die Pumpe und bearbeitete mit einer Hand diese mit einer solchen Vehemenz, daß Nero dem Erlaufen nahe war. Nachdem er diesen solchermassen gründlich gereinigt hatte, schleppte er ihn, tiefend vor Kasse, in die Gaststube. Hier aber kam für Nero die zweite Überraschung. Herr Hupferl war nach Begleichung seiner Zechen ebenfalls spurlos verschwunden. Der Traum von Freibier und Freileben war ausgekramt. Nero mußte sich zu einem sehr schmerzlichen Griff in den eigenen Geldbeutel entschließen. Unter dem häßlichen Grinsen der Gäste verließ er flehgebungen Hauptes die Stätte seines Ungeschicks. Auf dem Nachhausewege mußten ihm jedoch viele Gedanken durch den Kopf gegangen sein, denn von diesem Tage an wurde Nero ein ganz annehmbarer Kollege. Hatte es jedoch den Anschein, als wenn Nero in seine alten Fehler zurückverfallen wollte, dann ließ Schorsch nur ein kräftiges Necken erkönen, und im Chore fielen die Kollegen ein. Nero aber wurde still und nachdenklich.

Im Sommer, als Herr Samuel einmal bei offenem Fenster am Schreibtisch saß, drang plötzlich ein kräftiges Gemäch in seine Ohren. „Das ist wieder die verrückte Wande in der Abteilung C“, brummte er bissig.

So klug Herr Samuel sonst war, er wußte eben doch nicht, daß auch das Necken des Wehbocks manchmal sehr bedeutungsvoll sein kann.

## Genau Adresse.

Von Jo Hanns Kößler.

Und es begab sich, daß der Reisende in Flamingofedern, namens Ferdinand Flaum, den Reisenden in krummen Nägeln zum Geradepochen, namens Kuppe, in einem kleinen Gasthof zu Blauschau traf. „Wo machen Sie denn Ihre nächste Tour hin, Herr Kollege?“ fragte Kuppe. Flaum antwortete: „Ich mache morgen nach Leipzig.“ „Nach Leipzig? Gucken Sie mal an! Waren Sie schon einmal in Leipzig?“ „Nein. Noch nicht.“ Kuppe rückte näher: „Da kann ich Ihnen einen guten Tip geben. In Leipzig können Sie meinen Freund, einen gewissen Vogel, besuchen, der wohnt Gosener Straße achtundzwanzig. Mein Freund ist ein netter Knopp und zeigt Ihnen in Leipzig alles, was Sie in Leipzig für Leipzig brauchen.“ „Da bin ich Ihnen aber sehr dankbar —“ „Und Ferdinand Flaum notierte süberlich die Adresse: „Vogel, Leipzig, Gosener Straße achtundzwanzig.“

Flaum, Reisender in Flamingofedern, kam in Leipzig an. Sofort fuhr er nach der Gosener Straße. Vor der Achtundzwanzig zog er die Handschuhe an. Und betrat das Haus. Im Parterre wohnte Vogel nicht. In der ersten Etage wohnte Vogel nicht. Auch nicht in der zweiten Etage und nicht in der dritten. Und unter den Dächern von Leipzig lebten drei Familien namens Oimmel, Sacho und Zimtch. Bedäppert kletterte Flaum wieder nach unten. „Vielleicht habe ich nicht richtig geguckt“, dachte er und begann nochmals von neuem die Treppe hinaufzusteigen. Aber es war umsonst.

Unten, neben der Hauskür, war ein Gemüselädchen. „Verzeihen Sie gütigst“, trat Flaum in den Laden, „wohnt hier im Hause ein gewisser Vogel, der mit einem gewissen Herrn Kuppe gut bekannt ist?“ Der Heringsbändler nickte: „Fretlich, in der zweiten Etage.“ „In der zweiten Etage?“, fragte Flaum erstaunt, „aber da war ich doch schon. Da wohnt kein Mensch, der Vogel heißt.“ Der Händler feigte: „Aee, Vogel heißt der auch nicht — der heißt Fink.“

## „Preisrästel.“

In einer Reihe von Zeitungen, leider auch in manchen sozialistischen Zeitschriften, erscheinen seit einiger Zeit Bild-Preisrästel, welche den Titel oder Anfang eines Volksliedes darstellen. Wer nun diese Rästel löst, und dazu gehört nicht sehr viel Intelligenz, bekommt nach kurzer Zeit die Mitteilung, daß er einen Grammophonapparat gewonnen hat. Gleichzeitig teilt die Firma mit, daß sie, das Einverständnis des Gewinners voraussetzend, der Sendung ein Sortiment Schallplatten beilegt, die sie je Stück mit 3,50 Mk. berechnet. Da nun der leichtgläubige Gewinner gern in den Besitz solch billigen Apparates kommen möchte, wird die Nachricht, welche auf 21 Mk. lautet, in sehr vielen Fällen auch eingeleist. Steht sich nun der „glückliche“ Gewinner seine Habe, dann muß er feststellen, daß er betrogen ist. Das Grammophon ist von der minderwertigsten Qualität, ebenso die Platten, die außerdem im Preise 2 Mk. zu hoch eingeleist sind. Dem Betrogenen wird es in den meisten Fällen schwer sein, diese Gesellschaft zur Verantwortung zu ziehen; da diese unter verschiedenen Firmen „arbeitet“, besteht immerhin die Möglichkeit, daß gerade die in Frage kommende eingeleist, und der Kläger nun nicht weiß, an wen er sich jetzt zu wenden hat. Aus diesem Grunde ist es auch für die Gerichte äußerst schwer, diese ehrenwerten Geschäftslente einer gerechten Strafe zuzuführen. Von dem Großen Schöffengericht in Brannschweig sind allerdings vor einigen Tagen eine Reihe Personen, die das Gewerbe in Bild-Preisrästeln betrieben, zu erheblichen Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt. Es ist dies aber nur einer von den vielen Fällen. Diese Zeilen sollen eine eindringliche Warnung für unsere Kolleginnen und Kollegen und vor allem auch für die Frauen unserer Kollegen sein, sich vor Schaden durch solche schwindelhaften Zeitungsangebote zu schützen. M—qu—dt.

## Humoristische Ecke.

Haare. Der kleine Georg: „Mama, warum hat Papa kein Haar auf dem Kopf?“ „Weil er sehr klug ist und viel denkt!“ „Warum hast du denn so viel?“ „Weil und mach deine Aufgabent!“ Nicht lachen. Nun, Herr Meier, werden Sie nicht auch den ‚Salon der Humoristen‘ besuchen?“ „Das hab ich nicht nötig! Ich lach‘, wann’s mir paßt!“ Ferkunde in der Schule. Lehrer: „Nenne mir einen Vogel, der nicht mehr existiert!“ — Frig: „Der Kanarienvogel, Herr Lehrer!“ — Lehrer: „Wieso Kanarienvogel?“ — Frig: „Unfern hat gestern die Kasse gefressen, Herr Lehrer!“ (Aus dem „Wahren Jakob“.)